

- 1) VORAB: 2 GEO-STRATEGEN ZUSAMMENGEFASST
 - 2) "FLÜCHTLINGSKRISE VERSTEHEN - TEIL 1", HINWEISE ZU DER ÜBERSICHT
 - 3) "FLÜCHTLINGSKRISE VERSTEHEN - TEIL 1", ZITATE UND QUELLENANGABEN AUS DER ÜBERSICHT
 - 4) "FLÜCHTLINGSKRISE VERSTEHEN - TEIL 2", ZITATE UND QUELLENANGABEN AUS DER ÜBERSICHT
 - 5) "FLÜCHTLINGSKRISE VERSTEHEN - TEIL 3", ZITATE UND QUELLENANGABEN AUS DER ÜBERSICHT
 - 6) "FLÜCHTLINGSKRISE VERSTEHEN - TEIL 4", ZITATE UND QUELLENANGABEN AUS DER ÜBERSICHT
- =====

- 1) VORAB: 2 GEO-STRATEGEN ZUSAMMENGEFASST

Brzezinski (1997) :

- Die Vorherrschaft der USA wird gestützt von einem "weltweiten Netz" von Sonderorganisationen.
- "In Wirklichkeit" würden internationale Organisationen wie der IWF oder die Weltbank "jedoch von den USA dominiert"
- Zur Sicherung der "globale Vorherrschaft der USA" müssten die US-Strategen "etliche Züge im voraus denken"
- Die Strategien zur Herrschaftssicherung würden dabei auch langfristig geplant: "über zwanzig Jahre hinaus"
- Die globale US-Vorherrschaft hänge von ihrer Vorherrschaft in "Eurasien" (= Europa +Asien) ab
- Wichtigste "Akteure" im Westen Eurasiens seien Frankreich und vor allem Deutschland
- Keiner der "Akteure" in Eurasien dürfe zu mächtig werden, um die Stellung der USA nicht zu gefährden. Daher ...
 - ... sei deren "Abhängigkeit in Fragen der Sicherheit" von den USA zu bewahren
 - ... sind "Absprachen zwischen den Vasallen" untereinander zu unterbinden,
 - ... seien die Ziele der Eliten in diesen Ländern zu entschlüsseln, zu beeinflussen und "unter Kontrolle zu bekommen"
- Auf diese Weise könne ein "größeres Europa" den "Einflussbereich Amerikas" sogar erweitern
- Freihandelsabkommen würden die EU stärker an die USA binden

Barnett (2004 und 2005) :

- Die USA solle den Prozess der Globalisierung aktiv und weltumspannend mit neuen "Regelsätzen" gestalten
- Kern dieser Regelsätze sei der freie Fluss von Finanzen, Energie, US-"Sicherheitsdienstleistungen" (Militär) und Menschen
- Nichts dürfe den Fluss dieser Ressourcen unterbinden
 - " ... nothing in the global system should be allowed to prevent the flow of any resources"
- Gegner dieser Regelsätze seien "irrational" und hart zu bekämpfen
 - "I do account for nonrational actors in my worldview. And when they threaten violence against global order, I say: Kill them."
- Um die Globalisierung "auf Kurs zu halten" müsse eine große Zahl an Menschen in die "Kern"-Länder einwandern
 - "Given that a lot of people will have to move from the Gap to the Core to keep globalization on track, the question becomes, How can the massive shift be achieved? Immigration is the obvious (...)"

- Wenn Europa jährlich 1,5 Millionen Immigranten aufnähme, würde 2050 ein Viertel seiner Bevölkerung auswärtiger Herkunft sein
 "If Europe were to let in 1.5 million immigrants each year, by 2050 a quarter of its population would be foreign-born"
- Amerikas Bemühungen den Nahen Osten zu transformieren, hätten islamische Erneuerungsbestrebungen angeregt
 "Of course, America's effort to transform the Middle East naturally triggered an even stronger uptick in Islamic revivalism across the region"
- Für das Europa des Alten Kerns würde es dann am Schwierigsten sein, seinen muslimischen Einwanderern genügend Zeit zu geben, selbst am Gefühl ihrer soziale Ausgrenzung zu arbeiten
 "The hardest part for Old Core Europe will simply be giving Muslim immigrants enough time to work past their sense of social exclusion on their own."

(Barnett hat übrigens das Buch "Weapons of Mass Migration" von Kelly Greenhill besprochen)

=====

2) "FLÜCHTLINGSKRISE VERSTEHEN - TEIL 1", HINWEISE ZU DER ÜBERSICHT

====
 1997: "DIE EINZIGE WELTMACHT - Amerikas Strategie der Vorherrschaft",
 Zbigniew Brzezinski, 1997 (Neuauflage 2015)
 ===

"Inwieweit die USA ihre globale Vormachtstellung geltend machen können, hängt aber davon ab, wie ein weltweit engagiertes Amerika mit den komplexen Machtverhältnissen auf dem eurasischen Kontinent fertig wird - und ob es dort das Aufkommen einer dominierenden, gegnerischen Macht verhindern kann." (S. 15)

"Die globale Vorherrschaft Amerikas wird solchermaßen durch ein ausgetüfteltes System von Bündnissen und Koalitionen untermauert, das buchstäblich die ganze Welt umspannt." (S. 44)

"Als Teil des amerikanischen Systems muss außerdem das weltweite Netz von Sonderorganisationen, allen voran die internationalen Finanzinstitutionen, betrachtet werden. Offiziell vertreten der Internationale Währungsfond (IWF) und die Weltbank globale Interessen und tragen weltweit Verantwortung. In Wirklichkeit werden sie jedoch von den USA dominiert (...)" (S. 45)

"Der massive, aber nicht greifbare Einfluss, den die USA durch die Beherrschung der weltweiten Kommunikationssysteme, der Unterhaltungsindustrie und der Massenkultur sowie durch die durchaus spürbare Schlagkraft seiner technologischen Überlegenheit und seiner weltweiten Militärpräsenz ausüben, verstärkt dieses Vorgehen noch." (S. 46)

"Ebenso stark setzt es auf die indirekte Einflussnahme auf abhängige ausländische Eliten" (S. 42)

"Zwei grundlegende Schritte sind deshalb erforderlich: - erstens, die geostrategisch dynamischen Staaten Eurasiens auszumachen (...) sowie die

zentralen außenpolitischen Zielen ihrer jeweiligen politischen Eliten zu entschlüsseln und (...) - zweitens, eine spezifische US-Politik zu formulieren, die in der Lage ist, die unter Punkt eins skizzierten Verhältnisse auszubalancieren, mitzubestimmen und /oder unter Kontrolle zu bekommen" (S. 57)

" (...) so lauten die drei großen Imperative imperialer Geostrategie: Absprachen zwischen den Vasallen zu verhindern und ihre Abhängigkeit in Fragen der Sicherheit zu bewahren, die tributpflichtigen Staaten fügsam zu halten und zu schützen und dafür zu sorgen, dass die »Barbarenvölker« sich nicht zusammenschließen." (S. 57/58)

"... dieser Stelle mag der Hinweis genügen, dass die wichtigsten und dynamischsten geostrategischen Akteure an Eurasiens westlicher Peripherie Frankreich und Deutschland heißen." (S. 59)

"In Europa werden Deutschland und Frankreich auch weiterhin die Schlüsselfiguren sein (...)" (S. 237)

"Amerika kann allein kein geeintes Europa schaffen (...)" (S. 243)

"Ein größeres Europa wird den Einflussbereich Amerikas erweitern (...) ohne dass ein politisch derart geschlossenes Europa entsteht, das bald schon die Vereinigten Staaten in für sie bedeutsamen geopolitischen Belangen anderswo, insbesondere im Nahen Osten, herausfordern könnte." (S. 244)

"Wie beim Schach müssen Amerikas globale Strategen etliche Züge im voraus durchdenken und mögliche Züge des Gegners vorwegnehmen. Eine konsequente Geostrategie muss daher zwischen kurzfristiger Perspektive (grob gesagt, für die nächsten fünf Jahre), einer mittelfristigen (bis zu zwanzig Jahren in etwa) und einer langfristigen (über zwanzig Jahre hinaus) Perspektive unterscheiden." (S. 241)

"Dies erfordert ein hohes Maß an Taktieren und Manipulieren, damit keine gegnerische Koalition zustande kommt, die schließlich Amerikas Vorrangstellung in Frage stellen könnte" (S. 242)

"Zunächst besteht die Aufgabe darin sicherzustellen, dass kein Staat oder keine Gruppe von Staaten die Fähigkeit erlangt, die Vereinigten Staaten aus Eurasien zu vertreiben oder auch nur deren Schiedsrichterrolle entscheidend zu beeinträchtigen." (S. 242)

"Ein transatlantisches Freihandelsabkommen, das bereits eine Reihe prominenter Staatsmänner des Atlantischen Bündnisses befürworten, könnte außerdem das Risiko verringern, dass es auf wirtschaftlichem Gebiet zu immer stärkeren Rivalitäten zwischen einer geeinten EU und den Vereinigten Staaten kommt." (S. 244)

====

2004: "The Pentagon's new map", Thomas P. M. Barnett, 2004

====

"The main finding of the New Rule Sets Project workshops was a simple but compelling model of globalization as a series of key source flows the needed to be kept in relative balance to one another. Those four flows were: the movement of people (migrations), energy (primarily oil and natural gas), long-term investments (foreign direct investment), and security (the "export" of U.S. security "services to regional"markets"). The notion of keeping these four flows in balance really just meant that

nothing in the global system should be allowed to prevent the flow of any resources from the regions of surplus to regions of deficit." (S. 197/198)

"If Europe were to let in 1.5 million immigrants each year, by 2050 a quarter of its population would be foreign-born" (S. 211)

"Given that a lot of people will have to move from the Gap to the Core to keep globalization on track, the question becomes, How can the massive shift be achieved? Immigration is the obvious - and most socially challenging - route, but there are two promising trends that we'll need to promote in addition to permanent immigration (...)" (S. 211)

"(...) so the Pentagon's essential task is to export security into those national and regional deficit situations that currently hold up economic integration. Saddam Hussein's regime was such a black hole, as was Charles Taylor's in Liberia. North Korea's Kim Jong II is probably the worst of the bunch. The drug lords in Columbia are the security sinkhole. So is basically any repressive leader inside the Gap who simply refuses to leave power, like Castro in Cuba, Chavez in Venezuela, Mugabe in Zimbabwe, and Qaddafi in Libya - to name a few "big men". They should all go (...)" (S. 305)

"You could say America is expert at exporting sovereign debt and importing damn near everything else. How are we able to live beyond our means? How do we consistently rack up federal deficits? We get the world to buy our Treasury bills (...). In sum, we live large because selling our debt - both public and private - around the world has always been easy. (...) Do you know what it costs to print those little pieces of paper? Almost nothing! And do you know what we get in return? VCRs, cars, computers. Stop complaining. If the world ever caught on to what a great deal we have going here, we could be in real trouble!" (S. 307)

====

2005: "Blueprint for action", Thomas P. M. Barnett, 2005

====

"So yes, I do account for nonrational actors in my worldview. And when they threaten violence against global order, I say: Kill them." (S. 282)

"We'll continue to be more accepting of immigrants streaming from there than Europe will be." (S. 291)

"So when Muslims emigrate from the Middle East and immigrate into Europe, both regions respond to this transaction by becoming, respectively more Islamic and more European in the near term, until such time passes that new rules sets emerge to define these profound forms or social (family ties), economic (remittances), and ultimately political connectivity." (S. 294)

"Of course, America's effort to transform the Middle East naturally triggered an even stronger uptick in Islamic revivalism across the region (...)" (S. 294)

"The hardest part for Old Core Europe will simply be giving Muslim immigrants enough time to work past their sense of social exclusion on their own." (S. 293)

====

2016: "Pro und Contra - Der PULS 4 News-Talk" Sendung vom 15.02.2016
=====

Willy Wimmer, Verteidigungsstaatssekretär a.D. (CDU) :

"Wenn ich das mal sagen kann, weil ich ja selbst so etwas* geplant habe:
(...) Vor jedem konventionellen oder nuklearen Konflikt, werden die Flüchtlingsströme geplant. Wir haben es ja zwischen Afghanistan und Mali mit einem Gürtel von Staaten zu tun, die von den Amerikanern flachgelegt worden sind und weiter flachgelegt werden. Und diejenigen, die das planen, planen die Flüchtlingsströme auch. Sie können sich ja militärisch überhaupt nicht bewegen, wenn Sie nicht die Flüchtlingsströme im Griff haben."

[Publikumsfrage, ob man abschätzen könne, wieviel Flüchtlinge noch nach Europa kommen werden]

"Das muss man den Nato-Generalsekretär und den Oberbefehlshaber** Europa fragen und man muss beim amerikanischen Generalstabschef fragen, was die an Zahlen zugrunde liegen haben. Danach müsste man die Frage beantworten können."

* er meint Kriege und Kriegssimulationen

** er meint den Oberbefehlshaber NATO in Europa

<http://www.puls4.com/video/pro-und-contra/play/2988989>

====

2016: Interessante Fragen stellt auch F. William Engdahl in:

=====

"Wie mit der NATO verknüpfte Denk-fabriken die EU-Flüchtlingspolitik kontrollieren"

<http://propagandaschau.wordpress.com/2016/04/28/wie-mit-der-nato-verknuepfte-denkfabriken-die-eu-fluechtlingspolitik-kontrollieren/>

====

1992: "Chaos Theory and Strategic Thought", Steven R. Mann, S. 66/67

=====

"Conflict energy reflects the goals, perceptions, and values of the individual actor - in sum, the ideological software with which each of us is programmed. To change the conflict energy of peoples - to lessen it or direct it in ways favorable to our national security goals - we need to change the software. As hackers have shown, the most aggressive way to alter software is with a „virus,“ and what is ideology but another name for a human software virus? With this ideological virus as our weapon, the United States should move to the ultimate biological warfare and decide, as its basic national security strategy, to infect target populations with the ideologies of democratic pluralism and respect for individual human rights. With a strong American commitment, enhanced by advances in communications and increasing ease of global travel, the virus will be self-replicating and will spread in nicely chaotic ways. Our national security, therefore, will be best assured if we devote our efforts to winning the minds of countries and cultures that are at variance with ours. This is the sole way to build a world order that is of long duration (though, as we have seen, it can never achieve absolute

permanence) and globally beneficial. If we do not achieve this ideological change throughout the world, we will be left with only sporadic periods of calm between catastrophic reorderings. (...) A tangible implication of this analysis is a sharp increase in support for the United States Information Agency, the National Endowment for Democracy, and the numerous private-sector exchange and educational programs. These programs lie at heart of an aggressive national security strategy. (...) If we are open to a variety of scientific frameworks, we can generate more workable principles of strategy than we now possess. On an operational level, we can anticipate the principles of weapons still to be developed if we understand the theoretical principles which will give rise to those weapons. On a higher plane, we can understand the factors which dictate that a complex dynamical system such as the USSR will change, and work more precisely to shape the transformation. We can learn to see chaos and reordering as opportunities, and not push the stability as an illusory end itself"

<http://www.strategicstudiesinstitute.army.mil/pubs/parameters/Articles/1992/1992%20mann.pdf>

=====

3) "FLÜCHTLINGSKRISE VERSTEHEN - TEIL 1", ZITATE UND QUELLENANGABEN AUS DER ÜBERSICHT

[1] "Syrien: Ein Krieg aus energiepolitischen Gründen",
<http://www.heise.de/tp/artikel/47/47526/1.html>

—
[2] Kriegsgebiete:
http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Militäroperationen_der_Vereinigten_Staaten

—
[3] Herkunftsländer: Asylgeschäftsstatistik für den Monat Dezember 2015", S. 10, BAMF

—
[4] Thomas P. M. Barnett: "The Pentagon's new Map", 2004, S.197 und 198

—
[5] William Swing, 30.09.2015: <http://www.cfr.org/migration/global-response-mediterranean-migration-crisis/p37057>

—
[6] Thomas P. M. Barnett: "The Pentagon's new Map", 2004, S.211 fff.

—
[7] Thomas P. M. Barnett: "Blueprint for Action", 2005, S. 294 ff.

—
[8] (...) The report says: "Either European countries adapt their workforces, reform their social welfare, education and tax systems, and accommodate growing immigrant populations [chiefly from Muslim countries] or they face a period of protracted economic stasis." (...) As a result of the increased immigration needed, the report predicts that Europe's Muslim population is set to increase from around 13% today to between 22% and 37% of the population by 2025, potentially triggering tensions."

<http://www.scotsman.com/news/uk/cia-gives-grim-warning-on-european-prospects-1-1401756>

[9] "Fourth-generation warfare is defined as conflicts which involve the following elements:

- Are complex and long term
 - Terrorism (tactic)
 - A non-national or transnational base - highly decentralized
 - A direct attack on the enemy's culture, including genocidal acts against civilians.
 - Highly sophisticated psychological warfare, especially through media manipulation and lawfare
 - All available pressures are used - political, economic, social and military
 - Occurs in low intensity conflict, involving actors from all networks
- Non-combatants are tactical dilemmas
- Lack of hierarchy
 - Small in size, spread out network of communication and financial support
 - Use of insurgency tactics as subversion, terrorism and guerrilla tactics"

http://en.wikipedia.org/wiki/Fourth-generation_warfare

siehe auch: <http://www.antiwar.com/lind/?articleid=1702>

siehe auch: "The Changing Face of War: Into the Fourth Generation", Marine Corps Gazette, October 1989, S. 26, William S. Lind, Col Keith Nighthengale, USA, Capt John F. Schmitt, USMC, Col Joseph W. Sutton, USA, and LtCol Gary I. Wilson, USMC

[10] Steven R. Mann, 1992,
<http://www.strategicstudiesinstitute.army.mil/pubs/parameters/Articles/1992/1992%20mann.pdf>. (siehe oben)

[11] Kelly M. Greenhill, "Weapons of Mass Migration: Forced Displacement, Coercion and Foreign Policy", 2010

[12] u.a. die Stiftungen von George Soros, siehe Friederike Beck: "Die geheime Migrationsagenda", 2016, S.159 ff und S. 231 ff.

[13]
http://de.wikipedia.org/wiki/Ausl%C3%A4ndische_Milit%C3%A4rbasen_in_Deutschland

[14] http://www.huffingtonpost.de/michael-lacour/merkel-bohmann-willkommenspolitik_b_9766914.html

[15] <http://www.n-tv.de/politik/Ist-Merkels-Krypto-Handy-wieder-geknackt-article13116171.html>

[16] <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/barack-obama-lobt-angela-merkel-fuer-ihre-fluechtlingspolitik-a-1089008.html>

[17] www.wiwo.de/politik/europa/terror-gefahr-zur-weihnachtszeit-usa-warnten-buerger-vor-reisen-nach-europa/14877092.html

[18] "Defense Planning Guidance", Pentagon 18.02.1992

siehe auch: <http://www.nytimes.com/1992/03/08/world/us-strategy-plan-calls-for-insuring-no-rivals-develop.html?pagewanted=all>

siehe auch: Blätter für deutsche und internationale Politik, 4 (1992), S. 429f

[19] <http://www.paulcraigroberts.org/2016/04/23/washington-is-forcing-its-european-vassals-to-accept-2nd-wave-of-immigrants/>

=====

4) "FLÜCHTLINGSKRISE VERSTEHEN - TEIL 2", ZITATE UND QUELLENANGABEN AUS DER ÜBERSICHT

[1] Deutschland würde (je nach Szenario) für die Jahre 2000-2050 insgesamt 10,2 Millionen (Szenario I), 17,2 Millionen (Szenario II), 24,35 Millionen (Szenario III) oder 181,5 Millionen (Szenario IV) Migranten benötigen.

- siehe: "Replacement Migration: Is It a Solution to Declining and Ageing Populations?", United Nations, 2000, TABELLE 19 "TABLE 19. POPULATION INDICATORS FOR GERMANY BY PERIOD FOR EACH SCENARIO", Seite3, Dokument: "Germany.pdf"

- oder: "BESTANDSERHALTUNGSMIGRATION: EINE LÖSUNG FÜR ABNEHMENDE UND ALTERNDE BEVÖLKERUNGEN?", United Nations, 2000, S. 3, Tabelle "TABELLE 1. NETTOZAHL DER MIGRANTEN NACH LAND BZW. REGION UND SZENARIO (2000-2050)", Dokument: "execsumGerman.pdf"

United Nations, 2000,
<http://www.un.org/esa/population/publications/migration/pressger.pdf>

[2] "I repeat, ethnic purity is basically a Nazi concept. That is what the allied powers fought against during the second world war. That's what the United Nations was established to fight against over the decades. That is what NATO fought against in fact in Kosovo. And that's that is why the Security Council requested us to establish such a strong presence in Kosovo, precisely to prevent ethnic purity and to make Kosovo remain what it should be because all the communities have a historical interest in remaining in that province."

"Ich wiederhole, ethnische Reinheit ist im Grunde ein Nazi-Konzept. Dagegen haben die alliierten Mächte im Zweiten Weltkrieg gekämpft. Es ist das, wogegen die Vereinten Nationen gegründet wurden, um im Laufe der Jahrzehnte zu kämpfen. Dagegen hat die NATO im Kosovo tatsächlich gekämpft. Und deshalb hat uns der Sicherheitsrat aufgefordert, eine so starke Präsenz im Kosovo aufzubauen, gerade um ethnische Reinheit zu verhindern und den Kosovo zu dem zu machen, was er sein sollte, weil alle Gemeinschaften ein historisches Interesse daran haben, in dieser Provinz zu bleiben."

SERGIO VIERA DE MELLO, U.N. Undersecretary-General for Humanitarian Affairs in: "Can Kosovo Recover?", PBS Newshour, 04.08.1999
http://www.pbs.org/newshour/amp/bb/europe-july-dec99-kosovo_8-4

[3] "EU should 'undermine national homogeneity' says UN migration chief

The EU should "do its best to undermine" the "homogeneity" of its member states, the UN's special representative for migration has said. Peter Sutherland told peers the future prosperity of many EU states depended on them becoming multicultural. (...) He told the House of Lords committee migration was a "crucial dynamic for economic growth" in some EU nations "however difficult it may be to explain this to the citizens of those states".

BBC, 21.06.12
<http://www.bbc.com/news/uk-politics-18519395>

[4] "UN migration chief calls on EU to force member states to be multicultural as he says Britain's quota 'not legal'

The EU should make sure that its member states are multicultural to ensure the prosperity of the union, the UN's special representative for migration has said. Peter Sutherland also suggested the UK government's immigration policy had no basis in international law. (...)

Mr Sutherland, who is non-executive chairman of Goldman Sachs International and a former chairman of oil giant BP, heads the Global Forum on Migration and Development, which brings together representatives of 160 nations to share policy ideas. (...)

Mr Sutherland, who has attended meetings of The Bilderberg Group, a top level international networking organisation often criticised for its alleged secrecy, called on EU states to stop targeting 'highly skilled' migrants, arguing that 'at the most basic level individuals should have a freedom of choice' about whether to come and study or work in another country.

DailyMail, 24. Juni 2012
<http://www.dailymail.co.uk/news/article-2163969/UN-migration-chief-calls-EU-force-member-states-multicultural-says-Britains-quota-legal.html>

[5] "The resulting publication demonstrates how recognition and valuation of migrants' skills can contribute directly to economic growth in the countries where they move to work and also in their home countries once they return. It shows how immigration is directly related to economic competitiveness, be it in sub-Saharan Africa or the United States. It also illustrates the enormous markets that are created by migrants as consumers, the potential of which often remains untapped." (Seite 6)

"The competitiveness of companies, on which most modern economies depend, can clearly be enhanced by migrants and migration. Restrictive and inflexible government policies put companies at risk of losing out in the global competition for limited skills and can undermine their overall competitiveness. Moreover, migrants are big business - both as entrepreneurs who create work, and as consumers who create demand.

(Seite 41)

"Human mobility (...) remains the unfinished business of globalization. Migration policy and cooperation frameworks struggle to address the push-pull forces of migration and the cascading effects that migration has on communities of origin and destination." (S.3)

"The Business Case for Migration", World Economic Forum, 2013, Seite 3
http://www.weforum.org/docs/GAC/2013/WEF_GAC_Migration_BusinessCase_Report_2013.pdf

—
[6] "Of course Europe cannot take in everyone. But we are the richest continent in the world. We can do more, particularly if we act together, if we look for solutions together, and shoulder our responsibilities together.

Less than 4 per cent of Syrian refugees have sought safety in Europe. Lebanon, with a population of under 5 million, now hosts more than 1 million Syrian refugees. Turkey, on the other hand, has over half a million Syrian refugees. A single camp in Jordan which I visited earlier this year houses one hundred thousand refugees, and they have just opened a new one, with a capacity of 130,000.

I believe that the management of the EU's outer borders is a common European responsibility and not a Maltese, Greek, Italian or Bulgarian issue. Securely and humanely managed external borders – this is a question of solidarity, and a European response is needed."

Migration Policy Practice, Vol. IV, 2014, S. 5
http://publications.iom.int/system/files/pdf/mpp16_24june2014.pdf

—
[7] "Die Mittel für die Hilfe von 3,9 Millionen syrischen Flüchtlingen und mehr als 20 Millionen Menschen, die in den Gastkommunen der Nachbarländer leben, reicht nicht aus. Die Zusagen internationaler Geberländer kommen nur zögerlich an, so dass eine Finanzierungslücke von 3,47 Milliarden US-Dollar klafft, warnt das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR). (...) Bislang sind von den benötigten 4,53 Milliarden US-Dollar, die für die Unterstützung der syrischen Flüchtlinge und Binnenvertriebenen benötigt werden, nur 23 Prozent (1,06 Milliarden US-Dollar) eingegangen. (...) Das führt dazu, dass sie als einzigen Ausweg, die Flucht nach Europa sehen und die gefährliche Fahrt über das Mittelmeer wagen."

"Syrien: UNHCR schlägt Alarm: das Geld geht aus", UNHCR, 27.06.2015
<http://www.uno-fluechtlingshilfe.de/news/syrien-unhcr-schlaegt-alarm-das-geld-geht-aus-366.html>"

—
[8] "Finally, let me throw out to you two or three challenges. So, point one, the security situation is a perfect story. Point two, large-scale migration is inevitable, necessary and desirable. Point three, the challenges. This is what we have to have if we're going to succeed. First of all, we have to change the public narrative on migration. Right now, it is toxic. It is poisonous. Migration has a bad name. (...) Secondly, and this may be even more challenging, we're going to have to learn to manage inevitably growing multiculturalism, multiethnicity, multireligious. It's happening. We're not going to get by without it.

More countries are going to have to become all of those things, inexorably so. And if we don't learn to manage diversity, it's going to go very badly."

William L. Swing

Director General, International Organization for Migration (IOM-Chef)
US-Botschafter a. D. in verschiedenen Ländern
Special Representative of the Secretary-General a.D.
Under-Secretary-General of the United Nations (USG) a.D.

"A Global Response to the Mediterranean Migration Crisis", Council on Foreign Relations (CFR), 30.9.2015,
<http://www.cfr.org/event/global-response-mediterranean-migration-crisis>

[9] "In diesen Zeiten sind es laut Schulz gerade die in Europa Zuflucht suchenden Menschen, die uns helfen könnten, unseren Wertekanon wieder wahrzunehmen. "Was die Flüchtlinge zu uns bringen, ist wertvoller als Gold", sagte Schulz. "Es ist der unabirrbare Glaube an den Traum von Europa. Ein Traum, der uns irgendwann verloren gegangen ist."

"Was die Flüchtlinge uns bringen, ist wertvoller als Gold", 11.06.2016,
Rhein-Neckar-Zeitung
http://www.rnz.de/nachrichten/heidelberg_artikel,-Heidelberg-Was-die-Fluechtlinge-uns-bringen-ist-wertvoller-als-Gold-_arid,198565.html

[10] "Die EU muss jährlich eine Million Flüchtlinge aufnehmen. Angesichts dessen, dass der Ursprung der aktuellen Krise in Syrien liegt, muss das Schicksal der syrischen Bevölkerung erste Priorität haben. Aber auch andere Asylbewerber und Migranten dürfen nicht vergessen werden. Dementsprechend muss ein europäischer Plan von weltweiten Maßnahmen begleitet werden, die unter der Leitung der Vereinten Nationen stehen und deren Mitgliedsstaaten mit einbeziehen. (...) Erstens muss die EU in absehbarer Zukunft mindestens eine Million Asylsuchende jährlich aufnehmen. Und um dies tun zu können, muss die Last fair verteilt werden. Die EU zahlt 15.000 Euro für jeden Flüchtling Von entscheidender Bedeutung ist eine angemessene Finanzierung. Die EU muss während der ersten zwei Jahre jährlich 15.000 Euro pro Asylbewerber für Wohnen, Gesundheit und Ausbildung bereitstellen – und den Mitgliedsstaaten die Aufnahme von Flüchtlingen schmackhafter machen. Diese Mittel können durch die Ausgabe langfristiger Anleihen aufgebracht werden, die sich den größtenteils ungenutzten AAA-Kreditstatus der EU zunutze machen. Dies hätte den zusätzlichen Vorteil eines moralisch gerechtfertigten Haushaltstimulus für die europäische Wirtschaft. Ebenso wichtig ist es, die Vorlieben sowohl der Staaten als auch der Asylbewerber zu berücksichtigen und dabei so wenig Zwang wie möglich auszuüben."

Die Welt, 02.10.15
<http://www.welt.de/debatte/kommentare/article147061754/George-Soros-Plan-fuer-Europas-Fluechtlingskrise.html>

[11] "Der „Merkel Plan“ wurde übrigens nicht, wie der Name suggeriert, von der deutschen Regierung, sondern von der ESI, einem internationalen Think Tank, entworfen, das von zahlreichen europäischen und amerikanischen Regierungen, NGOs und Think Tanks, wie beispielsweise der Stiftung Mercator, George Soros' Open Society Institute, dem Rockefeller Brothers Fund und dem German Marshall Funds finanziert wird."

"Der türkische „Merkel Plan“ - eine Showveranstaltung auf hohem Niveau",
Nachdenkseiten, 09.03.2016,
<http://www.nachdenkseiten.de/?p=31998>

siehe auch:

"Gerald Knaus ist der Leiter des vom ungarisch amerikanischen Multimilliardärs George Soros finanzierten Think Tanks "European Stability Initiative" (ESI) und seit vielen Monaten Berater bei Angela Merkel zur Flüchtlingskrise. (...) Der Österreicher Knaus, der als Berater der Kanzlerin den wenigsten bekannt sein dürfte, sagte im „Welt“-Interview, dass er den Politikern empfohlen habe, die Zahl der Flüchtlinge in den Kontingenten so auszudrücken, dass sie für die Bevölkerung weniger bedrohlich klinge: „Wir haben den Politikern daher auch in den vergangenen Monaten empfohlen: Nennt keine Gesamtzahl für Kontingente aus der Türkei! Sprecht lieber von einem täglichen Kontingent von ein paar Hundert Personen.“ (...) Die Mitarbeiter des ESI entwickelten für die Flüchtlingskrise den „Merkel Plan“, der den direkten Transfer syrischer Flüchtlinge aus der Türkei nach Deutschland betrifft. Dies unterstützte nach Ansicht der DWN die geopolitischen Pläne der Amerikaner, was auch mit der sich im Bau befindlichen Transadria-Pipeline (TAP) zu tun habe, die von den USA forciert werde. (...) Hier befindet sich auch eine der wichtigsten und derzeit viel frequentierten Migrationsrouten nach Europa, seit Schließung der Balkan-Route. An einer Destabilisierung des Gebietes haben die USA daher kein Interesse, was durch einen erfolgreichen Deal mit der Türkei gewährleistet wäre. Außerdem wollen die USA die russische South-Stream-Pipeline aus dem Europageschäft drängen.

Epochtimes, 10.03.2018
<http://www.epochtimes.de/politik/europa/georg-soros-mann-beraet-bundeskanzlerin-als-vordenker-in-fluechtlingsfragen-a1315302.html>

[12] "IOM's collaboration with the UN is already close and will become even more so with the organization as part of the UN system. This will help ensure that the challenges associated with the world's 244 million international migrants are fully addressed by the international community. Most importantly, the Summit's decision to formulate a Global Compact on Migration by 2018 is a defining moment for human mobility."

IOM, 20.09.16
<http://www.iom.int/news/summit-refugees-and-migrants-opens-iom-joins-united-nations>

[13] und [14] « La migration n'est pas le problème, mais la solution » (...) Il faut reconnaître que la migration est inévitable et qu'elle ne s'arrêtera pas », a poursuivi le socialiste (...) Pour lui, « il faut convaincre que la migration est inévitable et que les sociétés multi-ethniques, multiculturelles, multireligieuses qui se construisent sont une richesse » (...) Face à la montée des populismes, il a également lancé aux responsables politiques un défi de « tolérance » et de « primauté de la raison ». « Lorsqu'un élu hésite entre les valeurs et la prochaine échéance électorale, je lui conseillerais de choisir les valeurs, a-t-il déclaré. S'il choisit le court terme il perdra les deux, car il y a toujours un moment où on perd une élection. »

"Antonio Guterres : « La migration est inévitable et ne s'arrêtera pas »",

La Croix, 23.11.2016

<http://www.la-croix.com/Monde/Antonio-Guterres-La-migration-est-inevitable-et-ne-s-arretera-pas-2016-11-23-1200805240>

"Migration ist nicht das Problem, sondern die Lösung" (...) Es muss erkannt werden, dass Migration unvermeidlich ist und nicht aufhören wird", sagte der Sozialist (...) Für ihn {bedeutet dass} " wir müssen die Menschen davon überzeugen, dass Migration unvermeidlich ist und dass die multiethnischen, multikulturellen und multireligiösen Gesellschaften, die aufgebaut werden, eine Quelle des Reichtums sind. (...) Angesichts des zunehmenden Populismus forderte er auch Politiker mit "Toleranz" und "Primat der Vernunft" heraus. Wenn ein gewählter Vertreter zwischen Werten und der nächsten Wahlfrist zögert, würde ich ihm raten, Werte zu wählen, sagte er. Wählt er kurzfristig, verliert er beides, denn es gibt immer eine Zeit, in der wir eine Wahl verlieren. "

Antonio Guterres: "Migration ist unvermeidlich und wird nicht aufhören", La Croix, 23.11.2016

<http://www.la-croix.com/Monde/Antonio-Guterres-La-migration-est-inevitable-et-ne-s-arretera-pas-2016-11-23-1200805240>

[15] "Kanzlerin Angela Merkel hat knapp zwei Wochen vor der Bundestagswahl dafür garantiert, dass sie im Falle eines Wahlsieges keine Obergrenze für Flüchtlinge zementieren werde. Zu der von der CSU erhobenen Forderung, eine solche Obergrenze von 200 000 neu ankommenden Flüchtlingen festzuschreiben, sagte Merkel am Abend in der in Lübeck aufgezeichneten ARD-„Wahlarena“: „Meine Haltung zu der Obergrenze ist ja bekannt, dass ich sie nicht will. Ich möchte sie nicht. Garantiert. Ich halte sie auch nicht für praktikabel.“

Epochtimes, 11.09.17

<http://www.epochtimes.de/kurz-gemeldet/merkel-garantiert-verzicht-auf-obergrenze-fuer-fluechtlinge-a2213783.html>

[16] "Bei der Ermöglichung legaler Migration aus Libyen nach Europa wird die UN-Flüchtlingsorganisation eine zentrale Rolle spielen. „Der UNHCR möchte mittelfristig in Libyen Schutzgründe prüfen und das Resettlement von dort aus nach Europa ermöglichen,“ sagte ein Sprecher der WELT."

Die Welt, 30.11.17

<http://www.welt.de/politik/deutschland/article171143859/Merkel-hat-aus-ihren-Fehlern-offensichtlich-nicht-gelernt.html>

[17] "The best way to end the stigma of illegality and abuse around migrants is, in fact, for Governments to put in place more legal pathways for migration. This will remove incentives for individuals to break the rules, while better meeting the needs of markets for foreign labour. It will also aid in efforts to clamp down on smugglers and traffickers and to assist their victims."

"Der beste Weg, das Stigma der Illegalität und des Missbrauchs von Migranten zu beenden, ist in der Tat, dass die Regierungen mehr legale Wege für die Migration einrichten. Dadurch werden Anreize für Einzelpersonen beseitigt, gegen die Regeln zu verstößen, während gleichzeitig die Bedürfnisse der Märkte für ausländische Arbeitskräfte besser erfüllt werden. Sie wird auch dazu beitragen, gegen Schmuggler und

Menschenhändler vorzugehen und ihren Opfern zu helfen."

United Nations, 11.02.2018
<http://www.un.org/press/en/2018/sgsm18852.doc.htm>"

[18] "#Migration is: • inevitable • desirable • necessary - this Easter, let's not forget those who are caught in crises around the world □"

("#Migration ist: • unvermeidlich • wünschenswert • notwendig - an diesem Ostern, vergessen wir nicht diejenigen, die in Krisen auf der ganzen Welt stecken □".) IOM - UN Migration, 01.04.2018, "IOM - UN Migration Verified account", verifiziertes Twitter-Profil der IOM <http://twitter.com/UNmigration/status/980357862147936256>

[19] "Die globale Vorherrschaft Amerikas wird solchermaßen durch ein ausgetüfteltes System von Bündnissen und Koalitionen untermauert, das buchstäblich die ganze Welt umspannt." (S. 44)

"Als Teil des amerikanischen Systems muss außerdem das weltweite Netz von Sonderorganisationen, allen voran die internationalen Finanzinstitutionen, betrachtet werden. Offiziell vertreten der Internationale Währungsfond (IWF) und die Weltbank globale Interessen und tragen weltweit Verantwortung. In Wirklichkeit werden sie jedoch von den USA dominiert (...)" (S. 44/45)

Zbigniew Brzezinski, in "DIE EINZIGE WELTMACHT - Amerikas Strategie der Vorherrschaft", 1997 (Neuaufgabe 2015)

siehe auch:

"Russland, China und der Iran" haben "verstanden, dass das Horten von Dollar ihre eigene militärische Umzingelung finanziert. Aus ihrer Sicht operiert der IWF von einem sehr kleinen Apartment im Keller des Pentagon aus. Das ist ähnlich wie bei der Weltbank, deren Spitzenpersonal meistens direkt aus dem US-Verteidigungsministerium kommt, um andere Staaten zu kontrollieren."

Prof. Dr. Michael Hudson, im Interview: "Finanzsystem ermöglicht US-Militär" junge Welt, Ausgabe vom 13.11.2017, S.3 sowie <http://www.jungewelt.de/artikel/321633.finanzsystem-ermöglicht-us-militär.html>"

[20] "Wie beim Schach müssen Amerikas globale Strategen etliche Züge im Voraus durchdenken und möglich Züge des Gegners vorwegnehmen. Eine konsequente Geostrategie muss daher zwischen kurzfristiger Perspektive (grob gesagt, für die nächsten fünf Jahre), einer mittelfristigen (in etwa bis zu 20 Jahren) und einer langfristigen (über 20 Jahre hinaus) Perspektiv unterscheiden". (S. 241)

Zbigniew Brzezinski, in "DIE EINZIGE WELTMACHT - Amerikas Strategie der Vorherrschaft", 1997 (Neuaufgabe 2015)

=====

5) "FLÜCHTLINGSKRISE VERSTEHEN - TEIL 3", ZITATE UND QUELLENANGABEN AUS DER ÜBERSICHT

[1] und [2] "Zwei demografische Probleme wirken wie zersetzende Säuren auf die kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaaten: Die alternde Bevölkerung und der Zustrom von Einwanderern (...) In unserem jüngsten Buch Fighting Poverty in the US and Europe: A World of Difference, gehen Edward Glaeser und ich der Frage nach, warum der Wohlfahrtsstaat in Europa um so viel großzügiger ausgeprägt ist als in den USA. Ein wichtiger Erklärungsansatz ist die viel größere ethnische Heterogenität der Bevölkerung in den USA im Vergleich zu der eher homogenen Zusammensetzung in Kontinentaleuropa. (...) Wenn europäische Bürger der Mittelschicht anfangen zu glauben, dass es sich bei einem beträchtlichen Teil der Armen um neue Einwanderer handelt, wird sich der tief verwurzelte Glaube an die Segnungen des Wohlfahrtsstaates aufzulösen beginnen. Sogar die linken Intellektuellen Europas bringen Verbrechen und Vereinigung in den Städten mit Einwanderung in Verbindung. (...) Der europäische Wohlfahrtsstaat wird großzügiger bleiben als der knausrige amerikanische, aber er wird leichter kontrollierbar werden und nicht so sehr in das Leben der Bürger eingreifen. Die Tatsache, dass diese Veränderung aufgrund ethnischer "Animositäten" erfolgt, ist traurig und bedrückend. Die gute Nachricht ist, dass der europäische Wohlfahrtsstaat ohnehin eine Schlankheitskur benötigt!"

Alberto Alesina, Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Harvard

"Der Rassismus des Wohlfahrtsstaates", Project Syndicate, 22.04.2004
<http://www.project-syndicate.org/commentary/the-racism-of-the-welfare-state/german>

auch hier: DER STANDARD, Printausgabe, 6.5.2004
und hier: <http://derstandard.at/1655880/Der-Rassismus-des-Wohlfahrtsstaates>

[3] "Diese Mitteilung betrifft die Ansiedlung von Flüchtlingen aus Ländern außerhalb der Europäischen Union (EU) in einem der Mitgliedstaaten. (...) Zurzeit beteiligen sich mehrere Mitgliedstaaten jährlich oder ad hoc an der Neuansiedlung. Die Neuansiedlungsmaßnahmen werden vom Europäischen Flüchtlingsfonds (EFF) in erheblichem Umfang finanziell unterstützt. Trotzdem ist die Zahl der in der EU neu angesiedelten Flüchtlinge eher gering, und in den meisten Mitgliedstaaten gibt es keine Neuansiedlungsprogramme. (...) Ein gemeinsames Neuansiedlungsprogramm der EU sollte eingeführt werden, um die Neuansiedlung in die externe Dimension der Asylpolitik der EU zu integrieren und sie verstärkt strategisch zu nutzen. (...) ... die Neuansiedlungsaktivitäten der EU sollten ausgeweitet werden (...)"

"Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat vom 2. September 2009 zur Einrichtung eines gemeinsamen Neuansiedlungsprogramms der EU [KOM(2009) 447 endg. - Nicht im Amtsblatt veröffentlicht]"

Europäisches Parlament, 11.12.2009
<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=LEGISSUM:j10029&from=DE>

[4] vgl. "Table 12: Density distribution at threshold of 1000", Seite 112

"STUDY ON THE FEASIBILITY OF ESTABLISHING A MECHANISM FOR THE RELOCATION OF BENEFICIARIES OF INTERNATIONAL PROTECTION", Final report, July 2010

https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/e-library/docs/pdf/final_report_relocation_of_refugees_en.pdf
<https://archive.is/hJPdu>

[5] "5.7 Summing up on the political implications | While no hard and fast conclusions can be drawn from this overview of the political implications of the options for relocation described in this study and presented to interviewees in the 26 Member States involved in the ERF, eight points can be drawn out for observation and future analysis. (...) | 6. Start with small numbers to make relocation understandable and acceptable to the general public. | A sense that experts working on refugee and asylum issues across Europe worry that the public would not accept relocation, largely due to fear of the scale of movements, leads to the suggestion that any relocation programme should start with relatively small numbers. Indeed, this has largely been the case for the existing pilot projects (...) S. 42

"A relocation scheme should start out with small numbers, allowing a measure of solidarity while gradually introducing public opinion to the notion of this expression of support to fellow Member States." S. 82

"5.7 Zusammenfassung der politischen Auswirkungen | Obwohl aus diesem Überblick über die politischen Auswirkungen der in dieser Studie beschriebenen und den Befragten in den 26 am EFF beteiligten Mitgliedstaaten vorgelegten Umsiedlungsoptionen keine harten und schnellen Schlussfolgerungen gezogen werden können, können acht Punkte für die Beobachtung und zukünftige Analyse herausgearbeitet werden. (...) | 6. Beginnen Sie mit kleinen Zahlen, um die Umsiedlung für die Allgemeinheit verständlich und akzeptabel zu machen. | Ein Gefühl, dass Experten, die sich mit Flüchtlings- und Asylfragen in ganz Europa befassen, befürchten, dass die Öffentlichkeit Umsiedlungen nicht akzeptieren würde, was vor allem auf die Angst vor dem Ausmaß der Umsiedlungen zurückzuführen ist, führt zu dem Vorschlag, dass jedes Umsiedlungsprogramm mit relativ kleinen Zahlen beginnen sollte. Dies war bei den bestehenden Pilotprojekten weitgehend der Fall (...) S. 42

"Ein Umsiedlungsprogramm sollte mit einer kleinen Anzahl von Personen beginnen, die ein gewisses Maß an Solidarität ermöglichen und gleichzeitig die öffentliche Meinung schrittweise in den Begriff der Unterstützung der Mitgliedstaaten einbeziehen." S. 82

"STUDY ON THE FEASIBILITY OF ESTABLISHING A MECHANISM FOR THE RELOCATION OF BENEFICIARIES OF INTERNATIONAL PROTECTION", Final report, July 2010

https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/e-library/docs/pdf/final_report_relocation_of_refugees_en.pdf
<https://archive.is/hJPdu>

[6] "Die Beschwerdeführer waren Mitglieder einer Gruppe von rund 200 Personen aus Somalia und Eritrea, deren Boot am 6. Mai 2009 südlich der Insel Lampedusa in internationalen Gewässern von Schiffen des italienischen Zolls und der Küstenwache gestoppt wurde. Die Passagiere wurden, so stellten die Straßburger Richter fest, von italienischen Schiffen zurück in die libysche Hauptstadt Tripolis gebracht, ohne dass ihre Identität festgestellt worden wäre oder sie über ihren Zielort informiert worden wären, und dort libyschen Behörden überantwortet. (...) Die 24 Personen, deren Beschwerden nun in Straßburg Erfolg hatten, waren vom Italienischen Flüchtlingsrat in Libyen aufgespürt und mit italienischen Anwälten in Kontakt gebracht worden. Die Große Kammer stellte zunächst fest, die Rückführung habe die Bestimmung in der Europäischen Menschenrechtskonvention verletzt, dass niemand der Folter, unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen werden dürfe. Der anschwellende Migrantenstrom entbinde Staaten nicht von der Pflicht, zu verhindern, dass Personen im Zielland misshandelt würden (...) Zudem stellte der Gerichtshof eine Verletzung des Verbots der „Kollektivausweisung ausländischer Personen“ fest, da keinerlei Überprüfung der Situation einzelner Migranten stattgefunden habe. Auch das Recht auf wirksame Beschwerde sei verletzt worden. Die Richter verurteilten Italien dazu, jedem der Beschwerdeführer 15.000 Euro Schadensersatz zu zahlen und gut 1500 Euro Prozesskosten zu ersetzen.

"Menschenrechtsgerichtshof : Straßburg verurteilt Italien", FAZ,
23.02.2012
<http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/menschenrechtsgerichtshof-strassburg-verurteilt-italien-11660085.html>

[7] "Die Bertelsmann Stiftung mahnte eine stärkere "Willkommenskultur" für Deutschland an. Deutschland werde von Hochqualifizierten aus Nicht-EU-Ländern gemieden, sagte der Integrationsexperte der Bertelsmann Stiftung, Ulrich Kober, zu den Ergebnissen. "Ohne Offenheit sind wir nicht attraktiv für qualifizierte Zuwanderer, die wir allein aufgrund der demografischen Entwicklung dringend brauchen", unterstrich er. Für die Studie befragte das Meinungsforschungsinstitut TNS Emnid im Auftrag der Stiftung im Oktober rund 1.000 Menschen ab 14 Jahren in einer Telefonbefragung."

"Bertelsmann-Studie mahnt Willkommenskultur an", Die Welt, 17.12.2012
<http://www.welt.de/aktuell/article112066572/Bertelsmann-Studie-mahnt-Willkommenskultur-an.html>"

[8] "Today, European Commission First Vice-President Frans Timmermans hosted a high-level meeting with eleven representatives from philosophical and non-confessional organisations from across Europe. This sixth annual high-level meeting discussed the topic "Living together and disagreeing well". (...) Frans Timmermans said: "In our diverse European societies, dialogue is essential to creating a community in which everybody can feel at home. (...) List of Meeting Participants

- Yvan BIEFNOT, President of the European Association for Free Thought
- Martine CERF, Secretary General of Egalité Laïcité Europe
- Pierre GALAND, President of the European Humanist Federation
- Nieves Bayo GALLEGOS, Grand Master Gran Logia Simbólica Española
- Catherine JEANNIN-NALLET, Grand Mistress of the Women's Grand Lodge of

France Daniel KELLER , Grand Master of the Grand Orient of France
- Dimitrios LYBERIS, President of the Council of the International Masonic Order « Delphi »
- Keith PORTEOUS WOOD, Executive Director of the - National Secular Society
- Ms Yvette RAMON, Grand Master of International Order of Co-freemasonry, "Le Droit Humain"
- Tomasz SZMAGIER, Grand Master of the Grand Orient of Poland
- Steven WARMOES, ex-Grand Master Grand Lodge of Belgium"

"Commission brings together non-confessional organisations to discuss "Living together and disagreeing well""", Europäische Komission,
02.06.2015

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-5078_de.htm

[9] "Les Obédiences maçonniques européennes alarmées par la tragédie vécue par les migrants qui fuient des pays en guerre et en proie à la misère en appellent aux gouvernements européens pour qu'ils mettent en œuvre les politiques communes indispensables à un accueil digne et humain de populations en détresse et en péril. L'incapacité des Etats à surmonter les égoïsmes nationaux est un nouveau signal d'une Europe malade où le chacun pour soi l'emporte sur l'intérêt général. Les Obédiences maçonniques européennes rappellent que le respect des droits de l'homme et du principe de dignité humaine font partie des principes fondateurs de la construction européenne. (...) La tragédie présente doit donc être le creuset d'une renaissance et d'un renouveau du rêve européen. Les Obédiences maçonniques signataires attendent désormais des actes (...)"

"Die europäischen Freimaurer-Obedienzen sind alarmiert über die Tragödie von Migranten, die aus Ländern in Krieg und Elend fliehen, und fordern die europäischen Regierungen auf, die gemeinsame Politik umzusetzen, die für eine würdige und humane Aufnahme von Menschen in Not und Gefahr unerlässlich ist. Die Unfähigkeit der Staaten, den nationalen Egoismus zu überwinden, ist ein neues Signal für ein krankes Europa, in dem der Einzelne für sich selbst Vorrang vor dem allgemeinen Interesse hat. Die Europäischen Freimaurer-Obedienzen erinnern daran, dass die Achtung der Menschenrechte und des Grundsatzes der Menschenwürde zu den Grundprinzipien des europäischen Aufbauwerks gehören. (...) Die gegenwärtige Tragödie muss daher der Schmelztiegel einer Renaissance und Erneuerung des europäischen Traums sein. Die Unterzeichner der Freimaurer-Obedienzen erwarten nun Taten (...)"

07.09.2015

<http://www.giff.org/actualites/declaration-des-obediences-europeennes---7-septembre-2015.html>

hier archiviert und noch zu sehen:

<http://web.archive.org/web/20160106074728/http://www.giff.org/actualites/declaration-des-obediences-europeennes---7-septembre-2015.html>
siehe auch:

<http://www.freimaurerinnen.de/index.php/16-news/64-erklaerung-zur-fluechtlingstragoedie>

[10] siehe: "Mapping: Reliable allies in the European Parliament (2014-2019)"

<http://legacy.gscdn.nl/archives/images/soroskooptbrussel.pdf>

oder archiviert hier:

http://web.archive.org/web/2017010100000*/http://legacy.gscdn.nl/archives/images/soroskooptbrussel.pdf

[11] "Europe will be diverse, like all other parts of the world will be diverse. The only question is, how do we deal with that diversity? And my answer to that is, by ensuring that our values determine how we deal with diversity and not giving up our values to refuse diversity. That will bring us down as a society. If we don't get this right, I truly believe Europe will not remain the Europe we built. Europe will not remain a place of peace and freedom, for very long."

Frans Timmermans , Vizepräsident der Europäischen Kommission, 01.10.2015
http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-15-5754_en.htm

[12] "Einen nicht unbekannten, aber selten thematisierten Aspekt der Flüchtlingsthematik brachte EU-Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos am Donnerstag wieder auf die Tagesordnung: "Europa vergreist", erinnerte Avramopoulos vor dem EU-Ausschuss der Regionen (AdR) an die demografische Tendenz des Kontinents. "In den nächsten zwei Jahrzehnten werden mehr als 70 Millionen Migranten nötig sein."

"EU-Kommissar: Brauchen über 70 Mio. Migranten in 20 Jahren", Kleine Zeitung, 03.12.15
http://www.kleinezeitung.at/politik/aussenpolitik/4880668/EUMigrationskommissar_Europa-braucht-mehr-als-70-Millionen-Zuwanderer

[13] "Erstens muss die EU in absehbarer Zukunft mindestens eine Million Asylsuchende jährlich aufnehmen. (...) Von entscheidender Bedeutung ist eine angemessene Finanzierung. Die EU muss während der ersten zwei Jahre jährlich 15.000 Euro pro Asylbewerber für Wohnen, Gesundheit und Ausbildung bereitstellen – und den Mitgliedsstaaten die Aufnahme von Flüchtlingen schmackhafter machen. Diese Mittel können durch die Ausgabe langfristiger Anleihen aufgebracht werden, die sich den größtenteils ungenutzten AAA-Kreditstatus der EU zunutze machen. Dies hätte den zusätzlichen Vorteil eines moralisch gerechtfertigten Haushaltsstimulus für die europäische Wirtschaft. Ebenso wichtig ist es, die Vorlieben sowohl der Staaten als auch der Asylbewerber zu berücksichtigen und dabei so wenig Zwang wie möglich auszuüben."

George Soros, in "Die Welt", 02.10.15
<http://www.welt.de/debatte/kommentare/article147061754/George-Soros-Plan-fuer-Europas-Fluechtlingskrise.html>

[14] "Die Europäische Kommission schlägt heute einen EU-Neuansiedlungsrahmen vor. Damit soll eine gemeinsame europäische Neuansiedlungspolitik festgelegt werden, die gewährleistet, dass Personen, die internationalen Schutz benötigen, geordnete und sichere Wege nach Europa zur Verfügung stehen. (...) Zur Unterstützung der Neuansiedlungsbemühungen der Mitgliedstaaten im Rahmen der gezielten EU-Programme stellt die Kommission für jede neu angesiedelte Person 10 000 EUR aus dem EU-Haushalt zur Verfügung. (...)"

"Verbesserung der legalen Migrationskanäle: Kommission schlägt EU-Neuansiedlungsrahmen vor", Europäische Kommission, 13.07.2016
http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-2434_de.htm"

[15] "Viertens: Die Krise muss dazu genutzt werden, gemeinsame europäische Mechanismen für den Schutz von Grenzen, die Prüfung von Asylanträgen und die Umsiedelung von Flüchtlingen zu schaffen. Bescheidene Fortschritte sind auf dem Weg: Im vergangenen Monat wurden vom Europäischen Parlament Rechtsvorschriften für den Aufbau der „European Border and Coast Guard“ (EBCG) beschlossen. Doch die Dublin-III-Verordnung – Grundlage für die Festlegung, welcher Staat die Verantwortung für Abwicklung und Aufnahme von Asylsuchenden trägt – verhindert durch die Belastung des Ersteintrittsstaats Solidarität unter EU-Mitgliedsstaaten; über sie muss neu verhandelt werden. Eine europäische Lösung entsteht derzeit vor Ort in Griechenland, wo das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) de facto die Asylanträge untersucht, um die überforderten griechischen Behörden zu unterstützen. Ein einheitliches europäisches Asylverfahren würde die Anreize für Asylshopping beseitigen und das Vertrauen unter den Mitgliedsstaaten wieder stärken."

"Plan von George Soros: Sieben Punkte - so lösen wir die Flüchtlingskrise", Wirtschaftswoche, 21.07.2016
<http://www.wiwo.de/politik/europa/plan-von-george-soros-sieben-punkte-so-loesen-wir-die-fluechtlingskrise/13900490.html>

[16] "Ein kühner aber pragmatischer Vorschlag | Durch die Dublin-Verordnung wird bestimmt, welcher EU-Mitgliedstaat für die Prüfung eines Antrags auf internationalen Schutz zuständig sein sollte. Die Flüchtlingskrise von 2015 hat eindeutig gezeigt, dass die Dublin-Verordnung einer grundlegenden Reform bedarf (...) Da die Mängel der derzeitigen Dublin-Verordnung grundlegender und struktureller Art sind, kann nur eine grundlegende und strukturelle Reform diese Probleme sachgerecht lösen. Das Europäische Parlament schlägt ein System vor, das in der Praxis vor Ort funktionieren wird. Um dies zu erreichen, müssen wir sicherstellen, dass sowohl den Mitgliedstaaten als auch den Antragstellern Anreize geboten werden, die Vorschriften innerhalb des Dublin-Systems einzuhalten. Die Mitgliedstaaten, die alle die Genfer Konvention unterzeichnet haben, werden einen gerechten Anteil der Verantwortung für die Aufnahme von Asylbewerbern in Europa übernehmen müssen. (...) Das vom Europäischen Parlament vorgeschlagene System wird in Zeiten normaler Migrationsflüsse sowie in Zeiten von Krisen funktionieren. Es wäre auch in der Lage, Krisen an jeder der gemeinsamen Grenzen der Union zu bewältigen. Der Rat ist eindeutig berechtigt, über diese Verordnung mit einer Mehrheit zu entscheiden (...) | Ein ständiger und automatisierter Umsiedlungsmechanismus, ohne Schwellenwerte | Antragsteller, die in einem bestimmten Mitgliedstaat Familienangehörige oder Bindungen zu einem bestimmten Mitgliedstaat haben, beispielsweise weil sie früher dort gewohnt oder studiert haben, sollten in diese Mitgliedstaaten umgesiedelt werden. Antragsteller, die solche Bindungen zu einem bestimmten Mitgliedstaat nicht haben, werden über das Korrektursystem für die Zuweisung umgesiedelt. Das Umsiedlungssystem ersetzt somit das frühere „Reservekriterium“ des Mitgliedstaats der ersten Einreise. Das System gilt zu allen Zeiten, nicht nur in Krisenzeiten, und enthält keine Schwellenwerte, wie von der Kommission vorgeschlagen. (...) Deshalb wird ein vereinfachtes Verfahren für die Familienzusammenführung und andere echte Bindungen eingeführt. (...) Antragstellern wird auch gestattet, sich als Gruppen von höchstens 30

Personen erfassen zu lassen. (...) Die Möglichkeit, zwischen denjenigen vier Mitgliedstaaten zu wählen, die die geringste Anzahl von Antragstellern im Vergleich zu ihrem gerechten Anteil aufgenommen haben, sowie die Möglichkeit, als Gruppe umgesiedelt zu werden, gibt es nur, wenn sich der Antragsteller in dem Mitgliedstaat der ersten Einreise erfassen lässt."

Europäisches Parlament: "Bericht über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist (Neufassung)", 20.11.2017

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+REPORT+A8-2017-0345+0+DOC+XML+V0//DE#title8>

siehe auch:

"Das Europaparlament will die Dublin-Regeln ändern: Die Familienzusammenführung soll wichtiger werden. (...) Danach soll nicht mehr automatisch das Land, in dem ein Flüchtling die EU erreicht, für dessen Asylverfahren zuständig sein, sondern unter Umständen das Land, in dem bereits Angehörige des Bewerbers leben. Dadurch "müsste Deutschland erheblich mehr Asylsuchende aufnehmen", heißt es in einem Vermerk des Bundesinnenministeriums. Obergrenzen würden "zunichtegemacht". (...) Besondere Sorge bereitet den Innenexperten, dass nach den Parlantsvorschlägen "faktisch die bloße Behauptung einer Familienverbindung ausreichen" soll: "Im Ergebnis wäre ein Mitgliedstaat, in dem sich bereits zahlreiche 'Ankerpersonen' befinden, für weitreichende Familienverbände zuständig", heißt es in dem Papier, das dem SPIEGEL vorliegt. (...) "Wenn jeder der über 1,4 Millionen Menschen, die seit 2015 in Deutschland Asyl beantragt haben, zur Ankerperson für neu in der EU an kommende Schutzsuchende wird, reden wir über ganz andere Größenordnungen als bei der Familienzusammenführung", sagt der parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Ole Schröder (CDU)."

"Bundesregierung alarmiert über EU-Flüchtlingspläne", Spiegel Online, 13.02.2018

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-eu-fluechtlingsplaene-alarmieren-bundesregierung-a-1187500.html>

[17] "Die EU versucht, Quoten durchzusetzen, denen sich viele Mitgliedstaaten energisch widersetzen, zwingt die Flüchtlinge, sich in Ländern anzusiedeln, in denen sie nicht willkommen sind und wo sie nicht hinwollen, und schickt andere in die Türkei zurück. Dies ist bedauernswert, denn die EU kann ohne eine umfassende Asyl- und Migrationspolitik nicht überleben. Wie würde eine solche aussehen? Egal, wie ihre abschließende Form beschaffen wäre, würde sie auf sieben Säulen aufbauen. (...) Erstens muss die EU eine beträchtliche Anzahl von Flüchtlingen direkt aus den Frontstaaten aufnehmen, und zwar auf sichere und geordnete Weise. (...) Sechstens muss die EU Länder, die Flüchtlinge aufnehmen, deutlich stärker unterstützen, und sie muss in ihrem Ansatz gegenüber Afrika großzügiger sein. Die letzte Säule ist die langfristige Schaffung eines einladenden Umfeldes für Wirtschaftsmigranten."

George Soros in "Europa retten ist gleich Flüchtlinge retten", 23.09.2016

<http://derstandard.at/2000044853434/Europa-retten-ist-gleich-Fluechtlinge-retten>"

[18] "Die EU-Kommission hat Deutschland und die anderen EU-Staaten zur freiwilligen Aufnahme von Flüchtlingen aus Afrika aufgefordert. Neben Opfern des Syrien-Konflikts sollten auch schutzbedürftige Menschen in die EU umgesiedelt werden, die sich derzeit in Ägypten, Libyen, Niger, Äthiopien und dem Sudan aufhielten. (...) Die Aufforderung, legale Einreisemöglichkeiten für Flüchtlinge aus Afrika zu schaffen, geht mit anderen Bemühungen einher. (...) Bis zum 15. September sollten die EU-Staaten sagen, wie viele Menschen sie im nächsten Jahr freiwillig aufnehmen wollten." "EU fordert freiwillige Aufnahme von Flüchtlingen aus Afrika", Der Standard, 29.08.2017 <http://derstandard.at/2000063280173/EU-fordert-freiwillige-Aufnahme-von-Fluechtlingen-aus-Afrika>

[19] "Ein umfassendes und von festen Grundsätzen geleitetes Vorgehen der EU zur Bewältigung der Herausforderungen der Mobilität (...) hält es für unabdingbar, den gegenwärtigen Diskurs, in dem Flüchtlinge lediglich als Belastung dargestellt werden, zu überwinden, und hebt die positiven Beiträge hervor, die Flüchtlinge für ihre Aufnahmegemeinschaften leisten können (...) in der Erwägung, dass die erfolgreiche Umsetzung einer auf den Menschenrechten gegründeten Migrationspolitik erfordert, dass wir die negative Wahrnehmung der Migration infrage stellen und einen positiven Diskurs entwickeln, damit Migrationsbewegungen als Chance für die Aufnahmeländer dargestellt (...) betont, dass die Öffnung sicherer und legaler Wege für Asylsuchende und potenzielle Migranten diesen die Nutzung formaler Einreise- und Ausreisesysteme ermöglichen (...) nimmt den Vorschlag der Kommission in Bezug auf die Schaffung eines EU-Rahmens für Neuansiedlungen zur Kenntnis, fordert jedoch dazu auf, die Bereitstellung und Stärkung legaler Wege als Ergänzung zur Neuansiedlung voranzutreiben (...)"

Europäisches Parlament, 05.04.17
<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2017-0124+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

[20] "Es geht um Migranten aus Nordafrika und dem Gebiet des Horns von Afrika, auch die Evakuierung aus Libyen spielt eine Rolle. Das Resettlement-Programm ist freiwillig und will Schutzbedürftigkeit wie auch Anforderungen des Arbeitsmarktes berücksichtigen (...) Bemerkenswert ist die Vermischung der beiden Migrationsmotive angesichts dessen, dass so oft auf den Unterschied zwischen Asylsuchenden und "Armutsfürflüchtlingen", respektive "Wirtschaftsfürflüchtlingen" gepocht wird. (...) Im genannten EU-Papier werden die beiden Fluchtmotive beim Thema Neuansiedlung zusammengekommen. Es geht um eine "Erfolgsgeschichte", heißt es im Papier. (...) Die Regierung in Berlin habe vergangene Woche eine Zusagen erteilt, wird von EU-Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos übermittelt. (...) Mit der Zusagen Deutschlands, so Avramopoulos, seit das Ziel des "Resettlement-Programms", nämlich die anvisierten 50.000 Neuansiedlungen bereits erfüllt und "werde wohl sogar übertroffen"."

"Neuansiedlung von Migranten: Deutschland erteilt Zusagen für 10.000", Telepolis, 19.04. 2018
<http://www.heise.de/tp/features/Neuansiedlung-von-Migranten-Deutschland-erteilt-Zusagen-fuer-10-000-4027705.html>

[21] "Objective 3: Promote regular migration and mobility, especially of young people and women, between Europe and North, West and Central Africa, and within these regions | Action 6: Encourage the establishment of exchange networks between vocational training institutes and employment agencies in Europe and Africa, in order to draw full benefit from the skills of young migrants and to adapt technical training to the needs of the labour market. Particular attention will be paid to activities targeting women and youth. | Action 7: In accordance with the national legislative frameworks, promote projects which aim to strengthen the portability of the rights and social protection of regular migrants and their families, for example, through the conclusion and the implementation of appropriate bilateral, regional or international conventions. [...] | Objective 5: Promote measures aiming to strengthen the protection of refugees and other forcibly displaced person [...] | Objective 6: Promote the integration of refugees and forcibly displaced persons into host communities | Action 13: Promote the integration of refugees and forcibly displaced persons through the establishment of awareness-raising campaigns aimed, on the one hand, at local communities and on the other hand, at refugees and asylum seekers, covering their rights and obligations in host countries"

"Marrakesh Political Declaration" and "Marrakesh Action Plan 2018-2020", Rabat Process (Euro-African Dialogue on Migration and Development), Marrakesh (Marokko), 02.05.2018
http://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/20180503_declaration-and-action-plan-marrakesh_en.pdf

[22] "At the end of the day, we all need to be ready to accept migration, mobility and diversity as the new norm and tailor our policies accordingly. The only way to make our asylum and migration policies future-proof, is to collectively change our way of thinking first."

("Schließlich müssen wir alle bereit sein, Migration, Mobilität und Vielfalt als neue Norm zu akzeptieren und unsere Politik entsprechend auszurichten. Die einzige Möglichkeit, unsere Asyl- und Migrationspolitik zukunftsfähig zu machen, besteht darin, zuerst unsere Denkweise gemeinsam zu ändern.")

Dimitris Avramopoulos, EU-Migrationskommissar, in "Europe's migrants are here to stay", Politico, 18.12.17
<http://www.politico.eu/article/europe-migration-migrants-are-here-to-stay-refugee-crisis/>

[23] "Auch wenn sich die Akzeptanz von Vielfalt in Deutschland im Weltmaßstab ohne Zweifel sehen lassen kann, so ist unser Land hinsichtlich dieser Dimension des sozialen Zusammenhalts weiter- hin zwiespältig. Dies zu ändern, bedarf es großer konzentrierter Anstrengungen sowohl im Bereich ökonomischstruktureller Bedingungen als auch im Bereich der Beeinflussung von Mentalitäten. Mentalitäten nachhaltig zu beeinflussen, wird ohne eine Verbesserung der ökonomischen Bedingungen im Sinne einer Verringerung von Ungleichheit nicht möglich sein. Aber ohne eine nachhaltige Beeinflussung von Mentalitäten im Bereich des Umgangs mit Vielfalt durch eine Stärkung der Zivilgesellschaft und durch

eine Betonung entsprechender Bildungsinhalte in Kindereinrichtungen, Schulen und Hochschulen wie auch über die neuen Medien wird sich die allseits konstatierte Spaltung auch nicht überwinden lassen."

Bertelsmann-Stiftung: "Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017", 12/2017, S. 90
<http://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/sozialer-zusammenhalt-in-deutschland-2017/>

[24] "Der einzige Weg, auf dem die EU eine Weltwährung aufbauen könnte, wäre es, den Staaten die Schuldenaufnahme zu gewähren und zu erlauben, Anleihen auszugeben, die von anderen Mitgliedsländern gekauft werden dürfen. Aber die USA sind dagegen. Sie vertreten gegenüber der EU, und Deutschland im besonderen, die Position: Wir wollen keinen Rivalen. Wir wollen, dass eure Wirtschaft schrumpft. Heute bezeichnet man das Euro-Wirtschaftsgebiet an der Wall Street als »Schuldenzone«. Die Verbindlichkeiten steigen und steigen, mehr und mehr Geld wird aus der Wirtschaft gezogen, auch bei niedrigen Leitzinsen. Das führt dazu, dass immer weniger Geld da ist, um Waren und Dienstleistungen zu erwerben. Der Binnenmarkt, nicht nur in Deutschland, sondern auch bei dessen Handelspartnern, schrumpft. Und soweit ich es überblicke, wird das auch so bleiben."

Prof. Dr. Michael Hudson, im Interview: "Finanzsystem ermöglicht US-Militär" junge Welt, Ausgabe vom 13.11.2017, S.3 sowie <http://www.jungewelt.de/artikel/321633.finanzsystem-ermöglicht-us-militär.html>

[25] "Inwieweit die USA ihre globale Vormachtstellung geltend machen können, hängt aber davon ab, wie ein weltweit engagiertes Amerika mit den komplexen Machtverhältnissen auf dem eurasischen Kontinent fertig wird - und ob es dort das Aufkommen einer dominierenden, gegnerischen Macht verhindern kann." (S. 15) | "Ebenso stark setzt es auf die indirekte Einflussnahme auf abhängige ausländische Eliten" (S. 42) | "Zwei grundlegende Schritte sind deshalb erforderlich: - erstens, die geostrategisch dynamischen Staaten Eurasiens auszumachen (...) sowie die zentralen außenpolitischen Ziele ihrer jeweiligen politischen Eliten zu entschlüsseln und (...) - zweitens, eine spezifische US-Politik zu formulieren, die in der Lage ist, die unter Punkt eins skizzierten Verhältnisse auszubalancieren, mitzubestimmen und /oder unter Kontrolle zu bekommen" (S. 57) | "... dieser Stelle mag der Hinweis genügen, dass die wichtigsten und dynamischsten geostrategischen Akteure an Eurasiens westlicher Peripherie Frankreich und Deutschland heißen." (S. 59) | "In Europa werden Deutschland und Frankreich auch weiterhin die Schlüsselfiguren sein (...)" (S. 237) Zbigniew Brzezinski, in "DIE EINZIGE WELTMACHT", 1997 (Neuausgabe 2015)

[26] siehe die offiziellen Presseveröffentlichungen, Termine und Kalendereinträge auf der Website der Europäischen Kommission

Veröffentlichte Termine: 16.04.2018 (mit Frans Timmermans), 01.02.2018 (mit Frans Timmermans), 09.11.2017 (mit Věra Jourová), 01.07.2017 (mit Frans Timmermans), 01.06.2017 (mit Jean-Claude Juncker), 01.06.2017 (mit Frans Timmermans), 01.06.2017 (mit Carlos Moedas), 01.06.2017 (mit Pierre

Moscovici), 01.06.2017 (mit Christos Stylianides), 31.05.2017 (mit Jean-Claude Juncker), 31.05.2017 (mit Frans Timmermans), 31.05.2017 (mit Carlos Moedas), 31.05.2017 (mit Christos Stylianides), 31.05.2017 (mit Pierre Moscovic), 28.04.2017 (mit Frans Timmermans), 27.04.2017 (mit Jean-Claude Juncker), 27.04.2017 (mit Frans Timmermans), 27.04.2017 (mit Carlos Moedas), 27.04.2017 (mit Christos Stylianides), 27.04.2017 (mit Pierre Moscovic), 27.04.2017 (mit Johannes Hahn), 26.04.2017 (mit Věra Jourová), 26.04.2017 (mit Jyrki Katainen), 20.09.2016 (mit Frans Timmermans), 30.06.2016, 09.06.2016, 17.11.2015 (mit Dimitris Avramopoulos), 19.11.2015 (mit Corina Crețu), 28.09.2015 (mit Frans Timmermans), 12.06.2015 (mit Kristalina Georgieva), 11.06.2015 (mit Dimitris Avramopoulos), 11.06.2015 (mit Věra Jourová), 09.12.2014 (mit Věra Jourová), 27.10.2014 (mit Neven MIMICA), 10.03.2014 (mit Androulla VASSILIOU), 04.04.2014, 05.02.2014 (mit Frans Timmermans), 10.04.2012 (mit Martin Schulz), 01.03.2011 (mit Viviane REDING), 21.09.2010, 08.04.2010, 22.10.2009, 08.10.2009, 22.10.2009, 11.09.2009, 16.09.2008, 17.04.2008, 18.04.2008 (mit Benita FERRERO-WALDNER), 16.04.2018 (mit Danuta HÜBNER), 10.04.2008, 02.05.2007, 27.04.2007 (mit Danuta HÜBNER), 03.04.2007 (mit Danuta HÜBNER), 21.11.2007 (mit Danuta HÜBNER), 04.02.2005 (mit Danuta HÜBNER), 28.01.2005 (mit Danuta HÜBNER), 30.06.2003 (mit Anna Diamantopoulou), 22.09.2003 (mit Mr Evans), 28.05.1997, 28.05.1997 (mit MM. SANTER), 18.12.1995 (mit Mme BONINO)

siehe: http://europa.eu/rapid/press-release_CLDR-18-3322_en.htm,
http://europa.eu/rapid/press-release_CLDR-18-483_en.htm,
http://europa.eu/rapid/press-release_CLDR-17-4225_en.htm,
http://europa.eu/rapid/press-release_CLDR-17-1452_en.htm,
http://europa.eu/rapid/press-release_MEX-17-1488_en.htm etc. bzw.:

<http://europa.eu/rapid/search-result.htm?quickSearch=1&text=%2BGeorge%2BSoros&page=1&size=50>
<http://europa.eu/rapid/search-result.htm?quickSearch=1&text=%2BGeorge%2BSoros&page=2&size=50>
<http://europa.eu/rapid/search-result.htm?quickSearch=1&text=Soros&page=1&size=50>
<http://europa.eu/rapid/search-result.htm?quickSearch=1&text=Soros&page=2&size=50>

<http://archive.fo/VWxkf>
<http://archive.fo/d6iij>
<http://archive.fo/QuaxB>

[27] "We influence and inform European Union policies to ensure that open society values are at the heart of EU action, both inside and outside its borders. (...) The Open Society European Policy Institute is the EU policy arm of the Open Society Foundations. We work to foster open societies inside and outside Europe by leveraging the EU's policies, legislation, funding, and political influence. (...) We also work to provide warnings when European political actors are moving away from—or even undermining—the founding principles and fundamental values of the European Union."

{"Wir beeinflussen und informieren die Politik der Europäischen Union, um sicherzustellen, dass offene gesellschaftliche Werte im Mittelpunkt des Handelns der EU stehen, sowohl innerhalb als auch außerhalb ihrer Grenzen. (...) Das Open Society European Policy Institute ist der politische Arm der Open Society Foundations. Wir arbeiten daran, offene Gesellschaften innerhalb und außerhalb Europas zu fördern, indem wir die

Politik, die Gesetzgebung, die Finanzierung und den politischen Einfluss der EU nutzen. (...) Wir arbeiten auch daran, Warnungen auszusprechen, wenn sich die europäischen politischen Akteure von den Grundprinzipien und Grundwerten der Europäischen Union entfernen oder sie sogar untergraben."}

Open Society European Policy Institute, 20.10.2012, z.B. archiviert noch hier zu sehen:

<http://web.archive.org/web/20121020114853/http://www.opensocietyfoundations.org/about/offices-foundations/open-society-european-policy-institute>
<http://web.archive.org/web/20171016042022/http://www.opensocietyfoundations.org/about/offices-foundations/open-society-european-policy-institute>

[28] "The OSF told MailOnline: 'We are committed to making sure that anyone who chooses to migrate—regardless of motivation—is able to do so safely and with dignity. The ongoing crises in the Mediterranean, Asia, and at the U.S./Mexico border have exposed the failure of institutions and societies to respond effectively to the plight of migrants."

{"Das OSF sagte zu MailOnline: "Wir setzen uns dafür ein, dass jeder, der sich für eine Migration entscheidet – unabhängig von seiner Motivation – dies sicher und mit Würde tun kann. Die anhaltenden Krisen im Mittelmeerraum, in Asien und an der Grenze zwischen den USA und Mexiko haben gezeigt, dass die Institutionen und Gesellschaften nicht in der Lage sind, wirksam auf die Notlage der Migranten zu reagieren."}

"Left-wing billionaire's think-tank aims to use migrant crisis to influence immigration policies worldwide: Plans of George Soros's think-tank are revealed in leaked memo", Daily Mail, 16.08.2016

<http://www.dailymail.co.uk/news/article-3743479/Left-wing-billionaire-group-s-plan-use-migrant-crisis-influence-immigration-policies-worldwide-Plans-George-Soros-s-think-tank-revealed-leaked-memo.html>
<http://archive.fo/RwHfY>

[29] "The European peoples whose governments were paid to sell out the sovereignty of their nations to the EU are experiencing great difficulties in being permitted to govern themselves. (...) Western democracy has been dying for a long time. In the course of forming the EU, populations in some countries voted down membership. The vote was not permitted to stand. After a period of propaganda to instill fear of being "excluded from Europe," populations were made to vote again. In this way they were strong-armed into sacrificing sovereignty to the EU. (...) The Western elites despise democracy. They tolerate it only as a cover for their self-dealing when it can be manipulated to serve their interests. (...) Considering the seeds of crisis that the self-serving policies of the Western elites have sowed, the responses to the crises will be calls for and acceptance of authoritarian rule. It is entirely possible that the democratic era is approaching its end." {"Die europäischen Völker, deren Regierungen dafür bezahlt wurden, die Souveränität ihrer Nationen an die EU zu verkaufen, haben große Schwierigkeiten, sich selbst regieren zu dürfen. (...) Die westliche Demokratie stirbt seit langem. Im Zuge der EU-Bildung haben die Menschen in einigen Ländern die Mitgliedschaft abgelehnt. Die Abstimmung war nicht zulässig. Nach einer Zeit der Propaganda, die die Angst vor einer "Ausgrenzung aus Europa" schüren sollte, wurden die Bevölkerungen wieder zur Wahl einbestellt. Auf diese Weise wurden sie gezwungen, die Souveränität der EU zu opfern. (...) Die westlichen Eliten verachten die Demokratie. Sie tolerieren sie nur als

Deckmantel für ihre Eigengeschäfte, wenn sie manipuliert werden kann, um ihren Interessen zu dienen. (...) In Anbetracht der aufgehenden Saat der Krise, die die selbstsüchtige Politik der westlichen Eliten gesät hat, werden die Antworten auf die Krisen Forderungen nach einer autoritären Herrschaft und deren Akzeptanz sein. Es ist durchaus möglich, dass sich das demokratische Zeitalter seinem Ende nähert."}http://www.paulcraigroberts.org/2018/06/01/democracy-fighting-survive-rise-western-authoritarianism/http://www.antikrieg.com/aktuell/2018_06_01_diedemokrati.e.htm (Deutsche Übersetzung)

=====

6) "FLÜCHTLINGSKRISE VERSTEHEN - TEIL 4", ZITATE UND QUELLENANGABEN AUS DER ÜBERSICHT

[1] "Der einzige Weg, auf dem die EU eine Weltwährung aufbauen könnte, wäre es, den Staaten die Schuldenaufnahme zu gewähren und zu erlauben, Anleihen auszugeben, die von anderen Mitgliedsländern gekauft werden dürfen. Aber die USA sind dagegen. Sie vertreten gegenüber der EU, und Deutschland im besonderen, die Position: Wir wollen keinen Rivalen. Wir wollen, dass eure Wirtschaft schrumpft. Heute bezeichnet man das Euro-Wirtschaftsgebiet an der Wall Street als »Schuldenzone«. Die Verbindlichkeiten steigen und steigen, mehr und mehr Geld wird aus der Wirtschaft gezogen, auch bei niedrigen Leitzinsen. Das führt dazu, dass immer weniger Geld da ist, um Waren und Dienstleistungen zu erwerben. Der Binnenmarkt, nicht nur in Deutschland, sondern auch bei dessen Handelspartnern, schrumpft. Und soweit ich es überblicke, wird das auch so bleiben."

Prof. Dr. Michael Hudson, im Interview: "Finanzsystem ermöglicht US-Militär" junge Welt, Ausgabe vom 13.11.2017, S.3 sowie
<https://archive.fo/8b0bJ>
<http://www.jungewelt.de/artikel/321633.finanzsystem-ermöglicht-us-militär.html>

—

[2] "In the early 1990s, I happened to come across economic data on Ghana and South Korea in the early 1960s, and I was astonished to see how similar their economies were then. These two countries had roughly comparable levels of per capita GNP; similar divisions of their economy among primary products, manufacturing, and services; and overwhelmingly primary product exports, with South Korea producing a few manufactured goods. Also, they were receiving comparable levels of economic aid. Thirty years later, South Korea had become an industrial giant with the fourteenth largest economy in the world, multinational corporations, major exports of automobiles, electronic equipment, and other sophisticated manufactures, and a per capita income approximating that of Greece. Moreover, it was on its way to the consolidation of democratic institutions. No such changes had occurred in Ghana, whose per capita GNP was now about one-fifteenth that of South Korea's. How could this extraordinary difference in development be explained? Undoubtedly, many factors played a role, but it seemed to me that culture had to be a large part of the explanation. South Koreans valued thrift, investment, hard work, education, organization, and discipline. Ghanaians had different values. In short, cultures count."

SAMUEL P. HUNTINGTON in "Culture Matters - How Values Shape Human Progress", S. xiii, 2000
<https://bit.ly/2w4QhPZ>
<https://ia600505.us.archive.org/19/items/CultureMattersHowValuesShapeHumanProgress/Culture%20Matters%20How%20Values%20Shape%20Human%20Progress.pdf>

siehe auch

"Die Finanzkrise in Asien und Russland hat zu einer wachsenden Debatte über die Auswirkungen der Kultur auf die Wirtschaftsleistung beigetragen. In diesem nützlichen Leitfaden zur Kontroverse verweisen viele Autoren auf Max Webers Essay über die protestantische Arbeitsethik und die Ursprünge des Kapitalismus in Europa, der zeigte, wie der Calvinismus unbeabsichtigt die produktive Wirtschaftstätigkeit stimulierte. Aufbauend auf dieser Ansicht argumentiert David Landes, dass Kultur einen Unterschied macht – aber in einer Weise, die komplexer ist, als normalerweise anerkannt wird. (...) Dwight Perkins untersucht die Auswirkungen der Kultur im Geschäftsverkehr: Während sich der Westen auf die Rechtsstaatlichkeit verlässt, die von einer Justiz gestützt wird, ist Asien eher auf persönliche, oft familiäre Beziehungen angewiesen. Für Perkins kann jede institutionelle Praxis funktionieren, wenn die wirtschaftliche Entwicklung an Fahrt gewinnt – aber regelbasierte Systeme werden sich zunehmend als überlegen erweisen. In den falschen Händen können kulturelle Argumente ideologische Waffen sein."

{"The Asian and Russian financial crises have helped fuel a growing debate over the impact of culture on economic performance. In this useful guide to the controversy, many authors hark back to Max Weber's essay on the Protestant work ethic and the origins of capitalism in Europe, which showed how Calvinism unintentionally stimulated productive economic activity. Building on this view, David Landes argues that culture does make a difference -- but in ways more complex than is usually acknowledged. (...) Dwight Perkins examines the impact of culture in business transactions: whereas the West relies on the rule of law backed up by a judiciary, Asia has tended to rely on personal, often family-based, relationships. For Perkins, any institutional practice can work if economic development takes off -- but rule-based systems will increasingly prove superior. In the wrong hands, cultural arguments can be ideological weapons. (...) "}

"Culture Matters: How Values Shape Human Progress", Edited by Lawrence E. Harrison and Samuel P. Huntington – Reviewed by G. John Ikenberry
<http://www.foreignaffairs.com/reviews/capsule-review/2000-05-01/culture-matters-how-values-shape-human-progress>

[3] "Überschuss an männlicher Bevölkerung: Die Gefahren durch Asiens bevorzugte Söhne – (...) In China gibt es einen Begriff für solche jungen Männer: guang gun-er, oder "nackte Zweige" auf dem Stammbaum – Männer, die wahrscheinlich keine eigenen Familien aufziehen werden, weil die Mädchen, die zu ihren Frauen heranwachsen sollten, Opfer eines weiblichen Kindesmords wurden. (...) China erlebt bereits einen enormen Anstieg der Kriminalität, und 50 bis 90 Prozent der Verbrechen in der Großstädte werden von "nackten Zweigen"-Migranten {frauenlosen männlichen Migranten} begangen. (...) Alle chinesischen Regierungen haben verstanden, dass die "nackten Zweigen" {überschüssigen Männer} ein gewaltiger Klub sind – wenn man ihn in der Hand hält, kann er nützlich sein, aber er ist

eine ernste Sicherheitsbedrohung. In der Tat, wird die Art der Regierung, zu der eine Nation streben kann, durch ein Geschlechterverhältnis beeinträchtigt, das Männer anormal begünstigt. Die Geschichte zeigt, dass solche Gesellschaften nur von einem autoritären politischen System regiert werden können. Darüber hinaus entwickeln solche "Hoch-Geschlechts-Verhältnis-Gesellschaften" typischerweise einen außenpolitischen Stil, der den Respekt und die Loyalität ihrer {frauenlosen Männer} bewahrt - einen prahlerischen, kriegerischen, provokanten Stil."

{"Surplus males: The dangers of Asia's preference for sons - (...) In China there is a term for such young men: guang gun-er, or "bare branches" on the family tree - males who will probably not raise families of their own because the girls who should have grown up to become their wives fell victim to female infanticide. (...) China is already experiencing a tremendous increase in crime, and 50 to 90 percent of the crimes in the large cities are committed by bare-branch migrants. (...) All Chinese governments have understood that the bare branches are a formidable club - if it is in your hand it can be useful, but poised over your head it is a serious security threat. Indeed, the very type of government to which a nation can aspire is affected by a sex ratio abnormally favoring males. History demonstrates that such societies cannot be governed by anything less than an authoritarian political system. Furthermore, high-sex-ratio societies typically develop a foreign policy style crafted to retain the respect and allegiance of its bare branches - a swaggering, belligerent, provocative style."}

Valerie M. Hudson, Andrea M. Den Boer in "Surplus males: The dangers of Asia's preference for sons", The New York Times, 13.05.2004
<https://archive.is/R7axR>
<http://www.nytimes.com/2004/05/13/opinion/surplus-males-the-dangers-of-asias-preference-for-sons.html>

[4] "'Nackte Zweige' und Gefahr in Asien - (...) Historisch gesehen befinden sich Regierungen, die mit einer wachsenden Bevölkerung von nackten Zweigen {frauenlosen Männern} konfrontiert sind, in einem Dilemma. Sie müssen die Bedrohung der Gesellschaft durch diese jungen Männer verringern (...) Ab einem bestimmten Punkt werden die Regierungen überlegen, wie sie ihr Problem exportieren können, indem sie entweder die Auswanderung junger erwachsener Männer fördern oder ihre Kräfte in Kriegsabenteuern im Ausland einsetzen. Es gibt nur sehr wenige gute Optionen für Regierungen, die feststellen, dass ihre größte Bedrohung nicht von einer externen, sondern von einer internen Quelle ausgeht."

"'Bare Branches' and Danger in Asia - (...) Historically, governments facing a growing population of bare branches find themselves caught in a dilemma. They must decrease the threat to society posed by these young men (...) At some point, governments consider how they can export their problem, either by encouraging emigration of young adult men or harnessing their energies in martial adventures abroad. There are very few good options for governments that find that their greatest threat emanates not from an external source but from an internal one."

Valerie M. Hudson, Andrea M. Den Boer in "'Bare Branches' and Danger in Asia", The Washington Post, 04.07.2004
<https://archive.fo/8DbpI>
<http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/articles/A24761-2004Jul2.html>

[5] "Conflict energy reflects the goals, perceptions, and values of the individual actor - in sum, the ideological software with which each of us is programmed. To change the conflict energy of peoples - to lessen it or direct it in ways favorable to our national security goals - we need to change the software. As hackers have shown, the most aggressive way to alter software is with a „virus,“ and what is ideology but another name for a human software virus? With this ideological virus as our weapon, the United States should move to the ultimate biological warfare and decide, as its basic national security strategy, to infect target populations with the ideologies of democratic pluralism and respect for individual human rights. With a strong American commitment, enhanced by advances in communications and increasing ease of global travel, the virus will be self-replicating and will spread in nicely chaotic ways. Our national security, therefore, will be best assured if we devote our efforts to winning the minds of countries and cultures that are at variance with ours. This is the sole way to build a world order that is of long duration (though, as we have seen, it can never achieve absolute permanence) and globally beneficial. If we do not achieve this ideological change throughout the world, we will be left with only sporadic periods of calm between catastrophic reorderings. (...) A tangible implication of this analysis is a sharp increase in support for the United States Information Agency, the National Endowment for Democracy, and the numerous private-sector exchange and educational programs. These programs lie at heart of an aggressive national security strategy. (...) If we are open to a variety of scientific frameworks, we can generate more workable principles of strategy than we now possess. On an operational level, we can anticipate the principles of weapons still to be developed if we understand the theoretical principles which will give rise to those weapons. On a higher plane, we can understand the factors which dictate that a complex dynamical system such as the USSR will change, and work more precisely to shape the transformation. We can learn to see chaos and reordering as opportunities, and not push the stability as an illusory end itself"

Steven R. Mann in "Chaos Theory and Strategic Thought", S. 66/67

<https://bit.ly/2LilmED>

<http://web.archive.org/web/20130722135356/http://strategicstudiesinstitute.e.army.mil/pubs/parameters/Articles/1992/1992%20mann.pdf>

<http://www.strategicstudiesinstitute.army.mil/pubs/parameters/Articles/1992/1992%20mann.pdf>

[6] "Amerika, mit einem geschlossenen politischen System (unabhängig davon, welche Partei gewinnt, das Establishment bleibt an der Macht und nichts ändert sich wirklich) und einer giftigen Ideologie des „Multikulturalismus“, ist ein Spitzenkandidat für die einheimische Variante des Krieges der vierten Generation - die bei weitem die gefährlichste Art ist. Wo passt der Krieg im Irak in diesen Rahmen? Ich schlage vor, dass der Krieg, den wir bisher gesehen haben, nur ein Pulverzug ist, der zum Magazin führt. Das Magazin ist ein Krieg der vierten Generation, der von einer Vielzahl von islamischen, nichtstaatlichen Akteuren geführt wird, die sich gegen Amerika und die Amerikaner (und die mit Amerika befreundeten lokalen Regierungen) überall richten. Je länger Amerika den Irak besetzt hält, desto größer ist die

Chance, dass das Magazin explodiert."

{"America, with a closed political system (regardless of which party wins, the Establishment remains in power and nothing really changes) and a poisonous ideology of "multiculturalism," is a prime candidate for the home-grown variety of Fourth Generation war - which is by far the most dangerous kind. Where does the war in Iraq fit in this framework? I suggest that the war we have seen thus far is merely a powder train leading to the magazine. The magazine is Fourth Generation war by a wide variety of Islamic non-state actors, directed at America and Americans (and local governments friendly to America) everywhere. The longer America occupies Iraq, the greater the chance that the magazine will explode."}

William S. Lind, "Understanding Fourth Generation War", 15.01.2004
<https://archive.is/kfJPN>
<https://original.antiwar.com/lind/2004/01/15/understanding-fourth-generation-war/>

[7] "Fourth-generation warfare is defined as conflicts which involve the following elements:

- Are complex and long term
- Terrorism (tactic)
- A non-national or transnational base - highly decentralized
- A direct attack on the enemy's culture, including genocidal acts against civilians.
- Highly sophisticated psychological warfare, especially through media manipulation and lawfare
- All available pressures are used - political, economic, social and military
- Occurs in low intensity conflict, involving actors from all networks Non-combatants are tactical dilemmas
- Lack of hierarchy
- Small in size, spread out network of communication and financial support Use of insurgency tactics as subversion, terrorism and guerrilla tactics

"Fourth Generation Warfare", Wikipedia (Englische Ausgabe)
<https://archive.is/3DSWx>
http://en.wikipedia.org/wiki/Fourth-generation_warfare

[8] "Máxima: Die niederländische Identität existiert nicht - Laut Prinzessin Máxima existiert die niederländische Identität nicht. "Die Niederlande sind zu vielfältig, um sie in einem einzigen Klischee zusammenzufassen. Dies sagte sie gestern bei der Vorstellung von "Identifikation mit den Niederlanden", einem Bericht des Wissenschaftlichen Rates für Regierungspolitik (WRR) über die Art und Weise, wie sich die Bürger mit den Niederlanden identifizieren. (...) Laut der Prinzessin denken die Holländer immer noch zu sehr an Trennlinien."

{"Máxima: Dé Nederlandse identiteit bestaat niet - Dé Nederlandse identiteit bestaat volgens prinses Máxima niet. „Nederland is te

veelzijdig om in één cliché te vatten." Ze zei dit gisteren bij de presentatie van 'Identificatie met Nederland', een rapport van de Wetenschappelijke Raad voor het Regeringsbeleid (WRR) over de wijze waarop burgers zich met Nederland identificeren. (...) Volgens de prinses denken de Nederlanders nog te veel in scheidslijnen."}

"Máxima: Dé Nederlandse identiteit bestaat niet", Trouw, 25.09.2007
<https://www.trouw.nl/home/maxima-de-nederlandse-identiteit-bestaat-niet~ab494d4e/>
<https://archive.is/YoEKL>

—

[9] "Emmanuel Macron und die Leugnung der französischen Kultur – Emmanuel Macron hat diesen Sonntag in Lyon den Startschuss gegeben: "Es gibt keine französische Kultur. Es gibt eine Kultur in Frankreich. Sie ist vielfältig". Für Yves Jégo ist es die Besonderheit der französischen Kultur, die es uns erlaubt, uns nicht im Materialismus zu verlieren. (...)"

{"Emmanuel Macron et le reniement de la culture française – À Lyon ce dimanche, Emmanuel Macron a lancé : «Il n'y a pas de culture française. Il y a une culture en France. Elle est diverse». Pour Yves Jégo, la spécificité de la culture française est ce qui nous permet notamment de ne pas nous perdre dans le matérialisme. (...)"}

"Emmanuel Macron et le reniement de la culture française", Le Figaro, 06.02.2017
<http://www.lefigaro.fr/vox/politique/2017/02/06/31001-20170206ARTFIG00209-emmanuel-macron-et-le-reniement-de-la-culture-francaise.php>
<https://archive.fo/tcXQn>

—

[10] "Deutschland ist vielfältig und das ist manchen zu kompliziert. Im Wechsel der Jahreszeiten wird deshalb eine Leitkultur eingefordert, die für Ordnung und Orientierung sorgen soll. Sobald diese Leitkultur aber inhaltlich gefüllt wird, gleitet die Debatte ins Lächerliche und Absurde, die Vorschläge verkommen zum Klischee des Deutschsein. Kein Wunder, denn eine spezifisch deutsche Kultur ist, jenseits der Sprache, schlicht nicht identifizierbar. Schon historisch haben eher regionale Kulturen, haben Einwanderung und Vielfalt unsere Geschichte geprägt. Globalisierung und Pluralisierung von Lebenswelten führen zu einer weiteren Vervielfältigung von Vielfalt."

"Leitkultur verkommt zum Klischee des Deutschseins", Tagesspiegel, 14. Mai 2017
<http://causa.tagesspiegel.de/gesellschaft/wie-nuetzlich-ist-eine-leitkultur-debatte/leitkultur-verkommt-zum-klischee-des-deutschseins.html>
<https://archive.fo/bf6Gc>

—

[11] "Die niederländische Kultur existiert nicht und hat nie existiert – (...) Untersuchungen in mehreren westeuropäischen Ländern zeigen, dass es zwar Probleme mit bestimmten Minderheiten gibt, die überwiegende Mehrheit der Einwanderer und ihre Nachkommen aber mehr oder weniger gut integriert

sind. Sie unterstützen "unsere" Werte, mit einigen Ausnahmen: jene, die bis vor wenigen Jahrzehnten auch unter "Einheimischen" sehr umstritten waren (z.B. gleichgeschlechtliche Ehen). Aber noch wichtiger ist, dass "unsere" Kultur durch frühere Einwanderungswellen, aber auch durch interne wirtschaftliche und soziale Entwicklungen (z.B. Säkularisierung) vielfach zurückgewonnen wurde. Die radikale Rechte definiert Kulturen und ethnische Gruppen in essentialistischen Begriffen, als wären sie homogen und unveränderlich. Die niederländische Kultur existiert jedoch nicht und hat nie existiert."

{"De Nederlandse cultuur bestaat niet en heeft nooit bestaan - (...) Onderzoek in verschillende West-Europese landen toont aan dat, al zijn er problemen met specifieke minderheden, de overgrote meerderheid van de immigranten en hun afstammelingen min of meer goed geïntegreerd is. Zij steunen 'onze' normen en waarden, met enige uitzonderingen: die welke tot enkele decennia terug ook zeer omstreden waren onder 'autochtonen' (zoals het homohuwelijk). Maar nog belangrijker is dat 'onze' cultuur al vele malen omgeploegd is, als gevolg van eerdere golven van immigratie, maar ook van interne economische en sociale ontwikkelingen (zoals secularisatie). Radicaal-rechts definieert culturen en etnische groepen in essentialistische termen, alsof ze homogeen en onveranderlijk zijn. De Nederlandse cultuur bestaat echter niet en heeft nooit bestaan."}

Cas Mudde in "De Nederlandse cultuur bestaat niet en heeft nooit bestaan", deVolkskrant, 25.07.2017
<https://www.volkskrant.nl/columns-opinie/de-nederlandse-cultuur-bestaat-niet-en-heeft-nooit-bestaan~ba957c3f/>
<https://archive.fo/mNjpB>

[12] "Merkwürdiger Geschichts-Visionismus bei der Regierungskonferenz – Auf der Regierungskonferenz "Schweden zusammen" am Montag sprach Ingrid Lomfors, Historiker und Oberaufseher der lebendigen Geschichte, zum Thema "Historische Perspektive der Einwanderung". Lomfors bot drei einfache, ungleiche Punkte an. Erstens ist "Einwanderung nichts Neues". Zweitens: "Wir sind eine Folge der Einwanderung". Drittens "es gibt keine heimische schwedische Kultur". Der Vorgesetzte Ingrid Lomfors ist teilweise wahr. Das ist was gefährlich. Einwanderung ist nichts Neues, aber ich behaupte, dass es in Bezug auf diese Beträge neu ist, bezogen auf den Arbeitsmarkt, den wir jetzt haben. Das neue ist, dass Einwanderer nicht aus jüdischer christlicher Kultur und Tradition kommen. Ingrid Lomfors behauptet ganz richtig, dass wir noch keine so großen Umzüge gehabt haben wie jetzt. Doch daraus zieht sie keine Schlussfolgerungen."

{"Märklig historierevisionism på regeringens konferens – Vid regeringens konferens "Sverige tillsammans" i måndags talade Ingrid Lomfors, historiker och överintendent för Levande historia, över ämnet "Historiskt perspektiv på invandringen". Lomfors bjöd på tre enkla, onyanserade punkter. För det första: "invandring är inget nytt". För det andra: "vi är en konsekvens av invandring". För det tredje: "det finns ingen inhemska svenska kultur". Det överintendent Ingrid Lomfors framförde är delvis sant. Det är detta som är det farliga. Invandring är inget nytt men jag hävdar att det är nytt vad gäller dessa mängder, relaterat till den arbetsmarknad vi har nu. Det nya är att invandrarna inte kommer från en judisk-kristen kultur och tradition. Ingrid Lomfors hävdar helt korrekt att vi inte har haft så stora folkomflyttningar, som nu. Hon drar dock inte några slutsatser av detta."}

"Märklig historierevisionism på regeringens konferens", Sydsvenskan, 14.10.2015

<http://www.sydsvenskan.se/2015-10-14/marklig-historierevisionism-pa-regeringens-konferens>

<https://archive.fo/Dq5TL>

[13] "Die Wissenschaftssprecherin der Grünen, Sigrid Maurer (32), über den Polit-Entertainer Peter Pilz, die nächste Generation der Grünen, heimische Werte und die Islamdebatte. (...) | profil: Wie wichtig ist die österreichische Kultur als Klammer? | Maurer: Was ist denn bitte die österreichische Kultur? Dass wir alle zu viel Schnitzel essen? Es gibt eine Verfassung, und an die haben sich ohnedies alle zu halten. | profil: Und die viel beschworenen Werte? Maurer: Die unterscheiden sich in der Lebensrealität kaum von muslimischen. Alle haben ihre Kinder lieb und wollen ein möglichst gelingendes Leben. (...)"

"Sigrid Maurer: 'Was ist bitte die österreichische Kultur?', profil.at, 28.07.2017

<https://www.profil.at/oesterreich/sigrid-maurer-pilz-gruene-werte-8247464>
<https://archive.fo/9Cocn>

[14] "Die italienische Kultur existiert nicht - Der Sieg von La grande bellezza bei den Oscars löste eine Debatte über die italienische Kultur, ihr Verhältnis zur Welt und ihre Wahrnehmung aus dem Ausland aus. (...) Viele haben versucht, eine nationale Kultur zu formen, von Königen bis zu Faschisten. Niemand hat es geschafft: Kultur braucht Zeit, um stark zu sein, ist schwach. (...) Aber vielleicht ist es wahr, Große Schönheit steht nicht für Italien. Vor allem, weil es die "italienische Kultur" nicht gibt (...)"

{"La cultura italiana non esiste - La vittoria de La grande bellezza agli Oscar ha acceso il dibattito sulla cultura italiana, sul suo rapporto con il mondo, e sul modo in cui è percepita dall'estero. (...) In molti hanno provato a dare forma ad una cultura nazionale, dai re fino ai fascisti. Nessuno ci è riuscito fino in fondo: la cultura se si forza diventa debole, ha bisogno di tempo. (...) Ma forse è vero, La grande bellezza non rappresenta l'Italia. Soprattutto perché la "cultura italiana" non esiste (...)"

"La cultura italiana non esiste", Players Magazine, 18.03.2014

<https://bit.ly/2PwCrhq>

<https://web.archive.org/web/20140318184140/http://www.playersmagazine.it/2014/03/18/la-cultura-italiana-non-esiste/>

<http://www.playersmagazine.it/2014/03/18/la-cultura-italiana-non-esiste/>

[15] "Die sozialistische Ada Marra für unseren 1. August: "Die Schweiz existiert nicht" - Die Schweiz existiert nicht, es sind die Menschen, die dort leben, mit verschiedenen Ideen und Meinungen, mit verschiedenen Kämpfen und Orientierungen, mit unterschiedlichen Prioritäten und

Bedenken. Die Schweizer Geschichte, wie alle Geschichten der Länder der Welt, besteht aus dem Mythos und der nationalen Erzählung."

{"La socialiste Ada Marra pour notre 1er Août: « La Suisse n'existe pas. » - "LA Suisse n'existe pas. Ce sont les gens qui y habitent qui existent. Avec des idées et des opinions différentes. Avec des combats et des orientations différentes. Avec des priorités et des soucis différents. L'histoire suisse comme toutes les histoires des pays du monde est faite de mythe et de récit national."}
"La socialiste Ada Marra pour notre 1er Août: « La Suisse n'existe pas. »". Les Observateurs, 31.07.2017
<http://lesobservateurs.ch/2017/07/31/la-socialiste-ada-marra-pour-notre-1er-aout-la-suisse-nexiste-pas/>

[16] "ARD-Interview "Bericht aus Berlin - Bundespräsident Joachim Gauck hat dem ARD-Hauptstadtstudio in "Bericht aus Berlin" ein Interview gegeben, das am 19. Juni ausgestrahlt wurde. (...). Ja, da gibt es etwas, was wir heilen müssen, was wir verbessern müssen, wo wir miteinander neu diskutieren müssen. Die Eliten sind gar nicht das Problem, die Bevölkerungen sind im Moment das Problem, dass wir stärker wieder mit denen das Gespräch suchen. Habt ihr wirklich Angst, dass ihr nicht mehr Polen oder Briten sein könnt? Ist es so, dass man euch eure nationale Identität wegnimmt? (...) Also um die Idee eines sich vereinigenden Europas zu schützen, ist es unbedingt notwendig, die zögernden Bevölkerungen mitzunehmen und deshalb kann man mal eine Pause einlegen bei dem Beschleunigungstempo."

Joachim Gauck in "ARD-Interview "Bericht aus Berlin", 19.06.2016
<http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Interviews/2016/160619-Bericht-aus-Berlin-Interview.html>
<https://archive.fo/qtE1E>

[17] "Lassen Sie mich abschließend noch zwei oder drei Herausforderungen an Sie richten. Also, Punkt eins, die Sicherheitslage ist eine perfekte Geschichte. Zweitens ist eine groß angelegte Migration unvermeidlich, notwendig und wünschenswert. Punkt drei, die Herausforderungen. Das ist es, was wir haben müssen, wenn wir Erfolg haben wollen. Zunächst einmal müssen wir die öffentliche Erzählweise über Migration ändern. (...)"

{"Finally, let me throw out to you two or three challenges. So, point one, the security situation is a perfect story. Point two, large-scale migration is inevitable, necessary and desirable. Point three, the challenges. This is what we have to have if we're going to succeed. First of all, we have to change the public narrative on migration. (...)"}

William L. Swing Director General, International Organization for Migration [US-Botschafter a.d: von 1979 bis 2001 in Kongo, Liberia, Südafrika, Nigeria und Haiti] in: "A Global Response to the Mediterranean Migration Crisis", 30.09.2015
<https://www.cfr.org/event/global-response-mediterranean-migration-crisis>

[18] "Migration ist nicht das Problem, sondern die Lösung" (...) Es muss erkannt werden, dass Migration unvermeidlich ist und nicht aufhören wird", sagte der Sozialist (...) Für ihn {bedeutet dass} " wir müssen die Menschen davon überzeugen, dass Migration unvermeidlich ist und dass die multiethnischen, multikulturellen und multireligiösen Gesellschaften, die aufgebaut werden, eine Quelle des Reichtums sind. (...) Angesichts des zunehmenden Populismus forderte er auch Politiker mit "Toleranz" und "Primat der Vernunft" heraus. Wenn ein gewählter Vertreter zwischen Werten und der nächsten Wahlfrist zögert, würde ich ihm raten, Werte zu wählen, sagte er. Wählt er kurzfristig, verliert er beides, denn es gibt immer eine Zeit, in der wir eine Wahl verlieren. "

{« La migration n'est pas le problème, mais la solution » (...) Il faut reconnaître que la migration est inévitable et qu'elle ne s'arrêtera pas », a poursuivi le socialiste (...) Pour lui, « il faut convaincre que la migration est inévitable et que les sociétés multi-ethniques, multiculturelles, multireligieuses qui se construisent sont une richesse » (...) Face à la montée des populismes, il a également lancé aux responsables politiques un défi de « tolérance » et de « primauté de la raison ». « Lorsqu'un élu hésite entre les valeurs et la prochaine échéance électorale, je lui conseillerais de choisir les valeurs, a-t-il déclaré. S'il choisit le court terme il perdra les deux, car il y a toujours un moment où on perd une élection.»}

"Antonio Guterres : « La migration est inévitable et ne s'arrêtera pas », La Croix, 23.11.2016
<https://archive.fo/EkFwK>
<http://www.la-croix.com/Monde/Antonio-Guterres-La-migration-est-inevitable-et-ne-s-arretera-pas-2016-11-23-1200805240>

[19] "Die EU sollte die nationale Homogenität untergraben", sagt der UN-Migrationschef - Die EU sollte ihr Bestes tun, um die Homogenität ihrer Mitgliedsstaaten zu untergraben", sagte der UN-Sonderbeauftragte für Migration. Peter Sutherland sagte, der zukünftige Wohlstand vieler EU-Staaten hänge davon ab, dass sie multikulturell werden. (...) Er sagte dem House of Lords-Ausschuss, dass die Migration eine "entscheidende Dynamik für das Wirtschaftswachstum" in einigen EU-Staaten sei, "wie schwierig es auch sein mag, dies den Bürgern dieser Staaten zu erklären"."

{"EU should 'undermine national homogeneity' says UN migration chief - The EU should "do its best to undermine" the "homogeneity" of its member states, the UN's special representative for migration has said. Peter Sutherland told peers the future prosperity of many EU states depended on them becoming multicultural. (...) He told the House of Lords committee migration was a "crucial dynamic for economic growth" in some EU nations "however difficult it may be to explain this to the citizens of those states".}

"EU should 'undermine national homogeneity' says UN migration chief", BBC, 21.06.12
<https://archive.fo/LjoMO>
<http://www.bbc.com/news/uk-politics-18519395>

[20] "Die EU sollte sicherstellen, dass ihre Mitgliedsstaaten multikulturell sind, um den Wohlstand der Union zu sichern, sagte der UN-Sonderbeauftragte für Migration. Peter Sutherland schlug auch vor, dass die Einwanderungspolitik der britischen Regierung keine völkerrechtliche Grundlage habe. (...) Herr Sutherland, der nicht geschäftsführender Vorsitzender von Goldman Sachs International und ehemaliger Vorsitzender des Ölriesen BP ist, leitet das Global Forum on Migration and Development, das Vertreter von 160 Nationen zusammenbringt, um politische Ideen auszutauschen. (...) Herr Sutherland, der an Sitzungen der Bilderberg Group teilgenommen hat, einer internationalen Spitzenorganisation, die oft wegen ihrer angeblichen Geheimhaltung kritisiert wurde, rief die EU-Staaten dazu auf, sich nicht mehr an "hoch qualifizierte" Migranten zu wenden und argumentierte, dass "die Menschen auf der grundlegendsten Ebene eine freie Wahl haben sollten", ob sie in einem anderen Land studieren oder arbeiten sollen."

{"UN migration chief calls on EU to force member states to be multicultural as he says Britain's quota 'not legal' - The EU should make sure that its member states are multicultural to ensure the prosperity of the union, the UN's special representative for migration has said. Peter Sutherland also suggested the UK government's immigration policy had no basis in international law. (...) Mr Sutherland, who is non-executive chairman of Goldman Sachs International and a former chairman of oil giant BP, heads the Global Forum on Migration and Development, which brings together representatives of 160 nations to share policy ideas. (...) Mr Sutherland, who has attended meetings of The Bilderberg Group, a top level international networking organisation often criticised for its alleged secrecy, called on EU states to stop targeting 'highly skilled' migrants, arguing that 'at the most basic level individuals should have a freedom of choice' about whether to come and study or work in another country."}

DailyMail, 24. Juni 2012

<https://archive.fo/yA1CW>

<http://www.dailymail.co.uk/news/article-2163969/UN-migration-chief-calls-EU-force-member-states-multicultural-says-Britains-quota-legal.html>

[21] "Wulff sieht "Multikulturalismus" als moderne Reformation - Der ehemalige Bundespräsident Christian Wulff hat für Multikulturalismus in Deutschland geworben. (...)"

"Wulff sieht "Multikulturalismus" als moderne Reformation",

Deutschlandunk, 19.04.2017

<https://archive.fo/Vo3pt>

<http://www.deutschlandfunk.de/religionen-wulff-sieht-multikulturalismus-als-moderne.2849.de.html>

[22] "Auch mit Blick auf die hohen Flüchtlingszahlen ist klar: Wir stehen vor einem fundamentalen Wandel. Unsere Gesellschaft wird weiter vielfältiger werden, das wird auch anstrengend, mitunter schmerhaft sein. Unser Zusammenleben muss täglich neu ausgehandelt werden. (...)"

Aydan Özoguz, Staatsministerin, Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration in: "Strategiepapier: Menschlich, ehrlich, gerecht - Eckpunkte für eine integrative Flüchtlingspolitik in Deutschland", Bundesregierung, 21.09.2015

<https://archive.fo/3Pova>
<https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/IB/Artikel/Allgemein/2015-09-21-eckpunkte.html>

[23] "In Westeuropa läuft ein Experiment, das in der Geschichte der Migration einzigartig ist: Länder, die sich als monoethnische, monokulturelle und monoreligiöse Nationen definiert haben, müssen ihre Identität wandeln. Wir wissen nicht, ob es funktioniert, wir wissen nur, dass es funktionieren muss."

Yascha Mounk (Dozent für politische Theorie, Harvard University, USA) in "Sachbücher: „Einzigartiges Experiment“", Spiegel Online, 26.09.2015

<https://archive.fo/4tw7i>
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-139000005.html>
<http://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/139000004>

siehe dazu auch:

"Zum zweiten, dass wir hier ein historisch einzigartiges Experiment wagen, und zwar eine monoethnische und monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln. Das kann klappen, das wird, glaube ich, auch klappen, dabei kommt es aber natürlich auch zu vielen Verwerfungen."

Yascha Mounk, Tagesthemen, 20.02.2018 - ab Minute 00:24:43 ff.
<http://www.ardmediathek.de/tv/Tagesthemen/tagesthemen/Das-Erste/Video?bcastId=3914&documentId=50202134>

"1960 wäre es den Menschen klar gewesen, dass jemand, der schwarz ist, oder jemand, der muslimisch ist, kein Deutscher sein kann. Das hat sich - ja, durch starke Einwanderung - verändert (...) Aber es bedeutet natürlich eine riesige Veränderung. Es ist ein historisch einzigartiges Experiment, eine Demokratie zu nehmen, die diese monoethnische Vorstellung von sich selber hatte, und sie in eine multiethnische Gesellschaft umzuwandeln. Nun gibt es große Bevölkerungsgruppen, ich zähle mich da hinzu, die das willkommen heißen, die das wunderbar finden, die das richtig finden. Aber es gibt natürlich auch Teile der Gesellschaft, denen das Ängste bereitet und die sich dann dagegen aufzubauen."

Yascha Mounk, Deutschlandfunk, 17.02.2018
<https://archive.fo/WFMM2>
http://www.deutschlandfunkkultur.de/politikwissenschaftler-yascha-mounk-der-prophet-des.990.de.html?dram:article_id=410981

[24] "Europas Migrationspolitik tötet, sagt der Oxford-Ökonom Paul Collier. Zugleich findet er Misstrauen gegen Migranten normal. Er warnt vor falschen Tabus. (...) Meine These lautet, dass die Politiker der Mitte versäumt haben, das Thema der Migrationspolitik zu besetzen. Das

war ein Fehler, denn wir wissen aus Studien, dass Menschen in allen Gesellschaften beunruhigt sind, und zwar nicht über die Migration selbst, sondern dadurch, dass sich ihre gesellschaftlich vertraute Umgebung durch Einwanderung verändert. Das ist ein absolut vertrauter Befund der akademischen Forschung. (...) Wir wissen, dass ein gewisses Maß an kultureller Verschiedenheit einer Gesellschaft nutzt, denn die neuen Migranten bringen Innovation und Abwechslung. Aber das gilt nur bis zu einem gewissen Maß, denn zu ungleichen Gesellschaften können negative Folgen haben. (...) Wir wissen etwa durch Robert Putnam (...) dass das gegenseitige Vertrauen innerhalb einer Gesellschaft tendentiell sinkt, wenn die Verschiedenheit durch Einwanderung zunimmt. Für die modernen und reichen Gesellschaften ist das deshalb von Bedeutung, weil wir unzählige, sehr komplexe Institutionen haben, die auf gegenseitigem Vertrauen und Kooperation aufbauen, etwa in unseren Sozialsystemen. Wenn eine Gesellschaft zu verschieden zusammengesetzt ist, wird es schwieriger, die Kooperation in solchen Systemen zu organisieren. Das ist in der Forschung nicht kontrovers, sondern Standard."

Paul Collier in "Migration: Wir reichen den Menschen den geladenen Revolver", Die Zeit, 26.09.2015
<https://archive.fo/FydcN>
<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-02/interview-collier-zuwanderung-fluechtlinge>

[25] "Deutschland ist weltweit das Einwanderungsland Nummer eins geworden. (...) Im Jahr 2015, das letzte Jahr, für welches die OECD länderübergreifende Daten vorgelegt hat, kamen mit zwei Millionen fast doppelt so viele Menschen in Europas größte Volkswirtschaft wie in das klassische Einwanderungsland USA, wo nur rund 1,1 Millionen registriert wurden. Der Anteil der 2015 frisch Zugewanderten an der deutschen Gesamtbevölkerung belief sich in jenem Jahr auf 2,5 Prozent. Zum Vergleich: Die Vereinigten Staaten verzeichneten in jenem Jahr nur 0,3 Prozent Neuankömmlinge, klassische Einwanderungsländer wie Kanada oder Australien knapp ein Prozent."

"Familiennachzug: Die große Unbekannte in der Flüchtlingskrise", Die Welt, 13.11.17
<https://archive.fo/oNIjn>
<https://www.welt.de/wirtschaft/article170570380/Die-grosse-Unbekannte-in-der-Fluechtlingskrise.html>

[26] "Mindestens 60 Prozent aller Asylantragsteller, die nach Deutschland kommen, legen keine Ausweispapiere vor. Das berichtet die Wochenzeitung „Die Zeit“. Die Zahl beruhe auf einer Schätzung der Bundesregierung. Genaue Zahlen gebe es nicht. Eine entsprechende Statistik sei laut Bundesinnenministerium „nicht zielführend“, heißt es in dem Bericht. Schließlich könne der Umstand, dass Flüchtlinge keinen Ausweis bei sich trügen (...) Wie die „Zeit“ weiter berichtet, betreibt die Bundesregierung keine Ursachenerforschung zu der Frage, warum die Mehrheit der Asylbewerber sich nicht ausweisen kann. Es kämen mehrere Gründe infrage, etwa fehlendes Urkundenwesen in vielen Herkunftsstaaten oder Schlepper, die Pässe raubten. Darüber hinaus weisen Kritiker stets auf die systemimmanenteren Anreize hin, die das deutsche Asylgesetz bieten."

"Warum kommen 60 Prozent der Asylbewerber ohne Ausweis?", Die Welt, 15.03.17
<https://archive.fo/wBPbt>
<https://www.welt.de/politik/deutschland/article162863142/Warum-kommen-60-Prozent-der-Asylbewerber-ohne-Ausweis.html>

siehe auch:

"Erschreckende Zahlen: Bei 90 Prozent aller Asylsuchenden steht die Identität nicht fest. (...) Wie ebenfalls in der Fragestunde klar wurde, haben die Behörden bei gut 90 Prozent aller Asylbewerber keine Ahnung, wen sie ins Land lassen. In den Jahren 2015 und 2016 kamen 77 respektive 81 Prozent der Asylbewerber ohne Ausweisdokumente ins Land. Steinemann wollte daher von Sommaruga wissen, bei wie vielen dieser Personen die Identität zweifelsfrei feststand. 2015 sei dies bei 4091 Personen der Fall gewesen und 2016 bei 2706 Personen, erklärte Sommaruga. Gemessen an den insgesamt 39'523 Gesuchen im Jahr 2015 und den 27'207 Gesuchen im Jahr 2016 stand damit die Identität bei gerade einmal rund zehn Prozent der Asylbewerber zweifelsfrei fest."

<https://archive.fo/ogucz>
www.bazonline.ch/schweiz/erschreckende-zahlen/story/24106713

—

[27] "Im vergangenen Jahr hätten nur etwa 1000 Migranten ein Asylverfahren in Deutschland durchlaufen müssen (...) „Im Jahr 2016 wurden durch die Bundespolizei an deutschen Flughäfen insgesamt 903 Asylsuchende festgestellt, die nicht über einen sicheren Drittstaat beziehungsweise sicheren Herkunftsstaat nach Deutschland eingereist sind“, teilte die Behörde der WELT AM SONNTAG mit. (...) Nur für diese insgesamt etwa 1000 Asylsuchenden wäre Deutschland zwingend zuständig, wenn die Vorgaben des Grundgesetzes und der Dublin-Verordnung vollständig umgesetzt würden."

"Bundespolizei-Zahlen: Nur 905 Asylsuchende kamen 2016 über nicht sichere Staaten", Die Welt, 13.08.17
<https://archive.fo/DlrCB>
<https://www.welt.de/politik/deutschland/article167621608/Nur-905-Asylsuchende-kamen-2016-ueber-nicht-sichere-Staaten.html>

—

[28] "Die aktuelle Zuwanderung bedarf einer differenzierten Betrachtung. Den wenigsten, die zu uns kommen, steht das Grundrecht auf Asyl zu. Die meisten Migranten suchen hier bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen. In Deutschland besteht dazu weniger ein Mangel an rechtlichen Regeln als ein Vollzugsdefizit, wie vor allem der Herbst 2015 gezeigt hat."

Prof. Dr. Ferdinand Kirchhof, Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts in „Den wenigsten, die zu uns kommen, steht das Grundrecht auf Asyl zu“, FAZ, 29.08.17
<https://archive.fo/wNM1W>
<http://plus.faz.net/politik/2017-08-29/7da50bac14dc2b49a928ab5c77ef3aa0/?GEPC=s2>

—

[29] Hans-Jürgen Papier (Verfassungsgerichtspräsident a.D.) in „Asylrecht ist Türöffner für illegale Einwanderung“, Die Welt, 03.09.2017
<https://archive.fo/zkjVj>
<https://www.welt.de/politik/deutschland/article168257757/Asylrecht-ist-Tueroeffner-fuer-illegale-Einwanderung.html>

siehe auch:

"Der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, warnt vor einer „Erosion der Rechtsstaatlichkeit“ in Deutschland. Er beobachte, „dass geltendes Recht nicht überall und durchgehend hinreichend durchgesetzt wird“, sagte Papier der „Welt“. So gebe es „im Bereich der Migration und der Asylgewährung eine Diskrepanz zwischen Rechtslage und Staatspraxis“. Die sogenannte Dublin-III-Verordnung sei von den Mitgliedstaaten der Europäischen Union „über Jahre weitgehend an die Wand gefahren worden. Dieses Recht gilt, wird aber nach wie vor nicht immer ernst genommen – ein andauerndes Defizit.“ Wer die illegale Migration eindämmen wolle, müsse bei Anwendung und Durchsetzung der Dublin-Regeln in Deutschland und anderen Mitgliedstaaten ansetzen, so Papier. Auf das Asyl-Grundrecht des Grundgesetzes könne sich niemand berufen, der über den Landweg nach Deutschland einreise (...)"

"Hans-Jürgen Papier: Früherer Verfassungsrichter warnt vor „Erosion der Rechtsstaatlichkeit“, FAZ, 20.04.2019

<https://archive.is/x7Hjj>
<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/frueherer-verfassungsrichter-warnt-vor-erosion-der-rechtsstaatlichkeit-16149656.html>

[30] "Bis jetzt ist die Rechtsgrundlage, auf der die Einreise von Asylsuchenden im Herbst 2015 genehmigt wurde, nicht geklärt. Das haben Juristen der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages festgestellt. Eigentlich hätten die aus dem sicheren Drittstaat Österreich kommenden Flüchtlinge abgewiesen werden müssen. (...) Die Juristen des Parlaments stellen fest, dass die Bundesregierung bis heute nicht erklärt hat, auf welcher Rechtsgrundlage sie damals entschied."

"Flüchtlingskrise 2015: Gutachten sieht unklare Rechtsgrundlage für Grenzöffnung", Die Welt, 22.09.17
<https://archive.fo/DzEIt>
<https://www.welt.de/politik/deutschland/article168900336/Gutachten-sieht-unklare-Rechtsgrundlage-fuer-Grenzoeffnung.html>

[31] "Die rechtsstaatliche Ordnung in der Bundesrepublik ist in diesem Bereich jedoch seit rund eineinhalb Jahren außer Kraft gesetzt und die illegale Einreise ins Bundesgebiet wird momentan de facto nicht mehr strafrechtlich verfolgt."

"Internationale Zuständigkeit der deutschen Gerichte für die Anordnung einer Vormundschaft für sog. unbegleitete minderjährige Flüchtlinge", Aktenzeichen: 13 UF 32/17, 14.02.17
<https://archive.fo/OlGCq>
<http://www.landesrecht.rlp.de/jportal/portal/t/7qe/page/bsrlpprod.psml?pid=Dokumentanzeige&showdoccase=1&doc.id=KORE242742017&doc.part=L>

[32] "Ex-BND-Chef August Hanning hat zwei Jahre nach der Flüchtlingskrise eine ernüchterte Bilanz gezogen. Die Vielzahl an Anschlägen und Anschlagsversuchen zeige, wie angespannt die Lage in Deutschland sei, sagt er. „Ich frage mich, wie lange wir das ohne große gesellschaftliche Verwerfungen durchhalten“, so Hanning (...) Die Grenzen seien weiterhin für jeden offen, der angebe, Asyl zu suchen, kritisierte der 71-Jährige. „Jeden Monat kommen zurzeit circa 15.000 Migranten zu uns, von denen wir zum großen Teil nicht wissen, wer sie sind und ob sie eine kriminelle oder terroristische Vergangenheit haben“, sagte er. „So viele Leute ohne Identitätskontrolle ins Land zu lassen ist unter Sicherheitsaspekten grob fahrlässig. Zwischen innerer Sicherheit und einer effizienten Kontrolle von Außengrenzen besteht ein unauflöslicher Zusammenhang.“

"Ex-BND-Chef über Migranten: „Zum großen Teil wissen wir nicht, wer sie sind“, DIE WELT, 31.12.17
<https://archive.fo/hv2xV>
<https://www.welt.de/politik/deutschland/article172054738/Ex-BND-Chef ueber-Migranten-Zum-grossen-Teil-wissen-wir-nicht-wer-sie-sind.html>

[33] "Offiziell wurden 2017 zwar lediglich 11.000 Personen bei der illegalen Einreise auf dem Luftweg erwischt - das waren 1000 mehr als im Jahr zuvor -, doch das Dunkelfeld scheint deutlich größer zu sein. Etwa ein Drittel der Asylsuchenden aus den Hauptherkunftsländern würde auf seinem Weg auch ein Flugzeug nutzen. Das ist Beamten zufolge das Ergebnis von Befragungen zu Reisewegen. (...) Im europäischen Vergleich liegt die Bundesrepublik mit monatlich rund 15.000 neuen Asylsuchenden aber an der Spitze."

"Migranten nutzen zunehmend Flugrouten nach Deutschland", DIE WELT, 09.03.2018
<https://www.welt.de/politik/deutschland/article174355927/Fluechtlingskris e-Migranten-nutzen-zunehmend-Flugrouten-nach-Deutschland.html>
<https://archive.is/YjvmD>

siehe auch:

"Im Schnitt reisten in diesem Jahr in Deutschland jeden Monat etwa 14.000 Asylsuchende ein. (...) Sobald ein Einreisender, der ohne Pass und/oder Visum einreisen will, um Asyl bittet, ist er kein illegal Einreisender mehr. Er wird dann als Asylsuchender registriert und kann den Asylantrag stellen. Die Zahl der durchschnittlichen monatlichen Asylanträge liegt mit 16.000 etwas höher als die Zahl der Gesuche. Das liegt daran, dass in die Antragszahl auch Folgeanträge eingehen und einige Bewerber bereits früher eingereist sind."

"Wie viele Asylbewerber kommen wirklich?", Die Zeit, 15.06.2018
<https://www.zeit.de/politik/2018-06/fluechtinge-asyl-grenze-streit-antraege-rueckgang>
<https://archive.fo/JM1uQ>

[34] "Hat die Regionalpresse in der Zeit vor August 2015, als die vielen Hunderttausend Flüchtlinge nach Deutschland kamen, das von der Wirtschaft erwünschte und von der Politik auf allen Ebenen propagierte „Willkommensklima“ differenziert und „heruntergebrochen“ in die lokale Alltagswelt der Leser und es damit quasi neutralisiert – oder wurde es weiter verstärkt? (...) Ein mit Euphemismen eingekleidetes Stimmungsbild vermittelten Zeitungsberichte, die auf der regionalen und lokalen Ebene Akteure und Protagonisten zu Wort kommen lassen bzw. über deren Tätigkeit berichten (...), S.98 | "zeigen die verbliebenen 5.366 Berichte im Korpus eine durchwegs positive, manche eine belobigende, viele eine einfordernde Haltung zum Narrativ Willkommenskultur. Dies sind knapp 83 Prozent aller Berichte (die das Narrativ Willkommenskultur enthalten) in den untersuchten Lokal- und Regionalzeitungen.", S.99 | "Im Frühjahr 2015 finden sich in vielen Lokalausgaben Schilderungen mit dem Tenor: „Eine Willkommenskultur gibt es schon“ (Neue Osnabrücker Zeitung 20.03.2015), oder die Nachricht, dass „unerwartet viele“ Bürgerinnen und Bürger zu Veranstaltungen gekommen oder mit da-bei seien." S. 99 | "In der Tagespresse wurde unseren Befunden zufolge das Narrativ Willkommenskultur als moralisch intonierte Verdichtungsnorm „top-down“ vermittelt. Wenn in der Presse Kritisches zu Wort kam, dann im Sinne einer weiter zu stärkenden und zu verbessernden, kurz: „neuen“ Willkommenskultur. Annähernd 83 Prozent aller Zeitungsberichte vermittelten das Leitbild Willkommenskultur in einem positiven oder mehr positiven Sinne. Über Bedenkenträger oder Skeptiker wurde eher selten berichtet. Wenn vereinzelt kritische Gegenstimmen wiedergegeben wurden, dann waren es Statements wiederum aus der Politik, diesmal von Rechtskonservativen oder Ultrarechten." S. 138

Prof. Dr. Michael Haller in "Die „Flüchtlingskrise“ in den Medien", 9. Juni 2017

https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tmplightshop/AH_93_Haller_Web.pdf
<https://bit.ly/2OYnHqo>
https://web.archive.org/web/20170726151807/https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tmplightshop/AH_93_Haller_Web.pdf

[35] "Die monatlichen Fallzahlen für das erste Halbjahr 2017 lagen im Durchschnitt bei 22.300 Fällen pro Monat mit einem bisherigen Jahreshöchststand von 25.400 Fällen im Monat März 2017."

"KRIMINALITÄT IM KONTEXT VON ZUWANDERUNG – KERNAUSSAGEN",
Bundeskriminalamt, Seite 4

<https://bit.ly/2Nd8XDL>

https://web.archive.org/web/20180309072805/https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/KriminalitaetImKontextVonZuwanderung/kernaussagenZuKriminalitaetImKontextVonZuwanderungI-IIQuartal2017.pdf?__blob=publicationFile&v=4

https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/KriminalitaetImKontextVonZuwanderung/kernaussagenZuKriminalitaetImKontextVonZuwanderungI-IIQuartal2017.pdf?__blob=publicationFile&v=4

siehe dazu auch die Aufschlüsselung von Stefan Schubert (Ex-Polizist):

[36] "BKA-Statistik: 700.000 Straftaten durch Flüchtlinge", 20.12.2017
<https://www.journalistenwatch.com/2017/12/20/bka-statistik-700-000-schaffung-einer-spezialen-schutzzonen-fuer-frauen/>
<https://archive.fo/uhPnD>

[37] "Erstmals sei die Lage nun so schlimm, dass mutmaßlich bis zum Jahresende tausende Fälle einfach unbearbeitet liegen blieben, heißt es von der Vertretung der Kriminalpolizisten. (...) "Wir sind am Ende", sagt Jan Reinecke, Landeschef des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK). (...) "Die Situation lässt nicht mehr zu, die Kriminalität richtig zu bekämpfen. Das betrifft die Organisierte Kriminalität inzwischen ebenso wie Kapitalverbrechen. Der Zustand ist nicht tragbar." (...) Aber auch in sehr sensiblen Bereichen wie Sexualstraftaten fühlten sich die Beamten "nicht mehr wohl in ihrer Haut". Den Beamten in diesem Dezernat seien etwa kürzlich noch weitere Aufgaben zugeteilt worden, sagte Reinecke. (...) Zuletzt hatte die Statistik für die ersten drei Quartale dieses Jahres die niedrigste Gesamtkriminalität in Hamburg seit 18 Jahren ausgewiesen (...) Der BDK-Landesvorsitzende Jan Reinecke warnt aber davor, sich von den Zahlen nicht blenden zu lassen. "Wie viele Straftaten registriert werden, hängt auch davon ab, wie stark die Polizei das Dunkelfeld ausleuchtet" (...) "

"Kriminalpolizisten in Hamburg: "Wir sind am Ende", Hamburger Abendblatt, 14.10.2017
<https://archive.fo/Hrppr>
<https://www.abendblatt.de/hamburg/article212236609/Kriminalpolizisten-in-Hamburg-Wir-sind-am-Ende.html>

[38] "Weinachtsmärkte werden zur Festung, denn laut Behörden sind hunderte IS-Gefährder im Land"

"Terrorgefahr: Erhöhte Sicherheit auf Weihnachtsmärkten", Die Welt, 22.11.2017, ab Minute 1:04
<https://bit.ly/2o2Q7Eo>
<https://youtu.be/Tmis8XJvrGQ?t=1m4s>

[39] "Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) hat die Schaffung einer speziellen Schutzzone für Frauen bei Deutschlands größter Silvesterparty am Brandenburger Tor in Berlin kritisiert. Die Einrichtung einer solchen Zone sende "eine verheerende Botschaft", sagte der DPolG-Vorsitzende Rainer Wendt der Neuen Osnabrücker Zeitung vom Samstag. "Damit sagt man, dass es Zonen der Sicherheit und Zonen der Unsicherheit gibt". Das sei "das Ende von Gleichberechtigung, Freizügigkeit und Selbstbestimmtheit"."

"Schutzzone für Frauen gegen sexuelle Übergriffe", Tagesspiegel, 28.12.2017
<https://archive.fo/aWVi7>
<http://www.tagesspiegel.de/berlin/silvesterparty-am-brandenburger-tor-schutzzone-fuer-frauen-gegen-sexuelle-uebergriffe/20794266.html>

[40] "Etwas mehr als die Hälfte der Deutschen hat Angst vor zu vielen Zuwanderern, knapp die Hälfte fühlt sich durch sie bereichert. (...) Die große Mehrheit der Deutschen sieht Zuwanderer stärker in der Pflicht, sich im Land zu integrieren. 88 Prozent der Bevölkerung sind der Ansicht, dass sich Zuwanderer besser in die Gesellschaft einfügen sollten, wie aus einer am Freitag veröffentlichten Erhebung der Marktforschungsinstitute Sinus und YouGov hervorgeht. Dafür wurden Ende November dieses Jahres mehr als 2000 Erwachsene online befragt. Die Bevölkerung steht der Zuwanderung demnach gespalten gegenüber. 55 Prozent macht die "große Zahl fremder Menschen in Deutschland" Angst."

"Flüchtlinge: Deutsche sind gespalten", Süddeutsche Zeitung, 15.12.2017
<https://archive.fo/0gVoL>
<http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlinge-deutsche-sind-gespalten-1.3793632>

[41] "Die großen deutschen Parteien wollen die wachsende Armut, die zunehmende kulturelle und politische Zerrissenheit und den Vertrauensverlust in die Demokratie nicht wahrhaben. Das ist historisch durchaus nachvollziehbar, führt aber dazu, dass ihnen von den Populistern das Wasser abgegraben wird – bis der Staat schließlich unregierbar wird (...)"

"Historiker David Engels: "Wir haben keine Chance, einen Bürgerkrieg zu vermeiden", Huffingtonpost, 01.02.2017
<https://archive.fo/F67ty>
http://www.huffingtonpost.de/2017/02/01/david-engels-buergerkrieg_n_14546506.html

[42] "Die Verwaltungsgerichte schlagen Alarm. Hauptgrund: Klagen gegen Asylentscheidungen. Nicht nur die schiere Zahl der Fälle verursacht das Problem – sondern auch die Art, wie die Verfahren geführt werden."

"200.000 Asylklagen – Verwaltungsgerichte an Belastungsgrenze", Die Welt, 10.08.2017
<https://archive.fo/hYxNB>
<https://www.welt.de/politik/deutschland/article167543136/200-000-Asylklagen-Verwaltungsgerichte-an-Belastungsgrenze.html>

[43] Der Rechtsstaat erodiert schleichend", sagte der Bundesgeschäftsführer des Deutschen Richterbundes, Sven Rebehn, dem „Handelsblatt“

„Der Rechtsstaat erodiert schleichend“: Mittel für Justiz teilweise massiv abgebaut“, Epochtimes, 19.10.2017
<https://archive.fo/TZbRv>
<https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/der-rechtsstaat-erodiert-schleichend-mittel-fuer-justiz-teilweise-massiv-abgebaut-a2244701.html?text=1>

siehe dazu auch:

"Das Rechtssystem in Berlin ist zusammengebrochen. Richter und Staatsanwälte schlagen Alarm. (...) Richter und Staatsanwälte stellen fest, dass die Berliner Justiz „am Abgrund“ stehe. Die Vereinigung der Berliner Staatsanwälte konstatiert, ein funktionierendes Rechtssystem sei in der Hauptstadt nicht mehr vorhanden."

"Staatsanwälte: „Wir sind am Ende“", The European, 23.10.2017
<https://archive.fo/irnsx>
<http://www.theeuropean.de/rainer-zitelmann/12981-rechtssystem-in-berlin-zusammengebrochen>

[44] "Es ist eine erschreckende Umfrage: Mehr als die Hälfte der Frauen glaubt, dass Deutschland für sie unsicherer geworden ist. 58 Prozent gaben in einer Emnid-Umfrage für „Bild am Sonntag“ an, dass öffentliche Orte heute für sie weniger sicher seien als früher. 48 Prozent der Frauen meiden bereits bestimmte Gebiete in ihrem Wohnort, 16 Prozent tragen Pfefferspray nach Einbruch der Dunkelheit bei sich, noch mehr überlegen, sich selbiges zuzulegen."

"Wie sicher fühlen sich Frauen in Deutschland?", Focus, 08.01.2017
<https://archive.fo/EULHN>
https://www.focus.de/politik/deutschland/wie-sicher-fuehlen-sich-frauen-in-deutschland-entsetzt-schob-ich-die-haende-weg-dieses-bild-hat-sich-eingebrannt_id_6462730.html

[45] "Nach der brutalen Vergewaltigung einer über 50 Jahre alten Joggerin im Leipziger Rosental ist der Täter noch nicht gefasst. Frauen sollten vorerst nicht mehr alleine laufen gehen, empfiehlt die Polizei."

"Nach Vergewaltigung in Leipzig: Polizei rät Frauen nicht mehr alleine zu joggen", Leipziger Volkszeitung, 02.09.2017
<http://www.lvz.de/Leipzig/Polizeiticker/Polizeiticker-Leipzig/Nach-Vergewaltigung-in-Leipzig-Polizei-raet-Frauen-nicht-mehr-alleine-zu-joggen>

[46] "Wir wissen immer noch nicht, wie viele wirklich 2016 und 2017 gekommen sind. Aber wenn man sich mal vorstellt, dass das nicht besonders hoch qualifizierte Menschen waren, die zum Teil auch gar nicht mehr so jung waren, dann muss man klar sehen, dass diese Menschen im Lebenszyklus bei weitem nicht das zahlen, was sie vom Sozialstaat in Deutschland an Leistungen erwarten. Und die Diskrepanz dazwischen liegt irgendwo zwischen 350.000 und 450.000 Euro pro Flüchtling im Laufe seines gesamten Lebens. 350.000 bis 450.000 pro Flüchtling oder Zuwanderer, aber was ist das jetzt für eine Größenordnung in Gesamtkosten für den Staat? Wie würden sie das abschätzen? Die Größenordnung ist in Barwert circa fast eine Billion Euro. Aber sie verteilt sich über viele, viele Jahre hinweg, nämlich bis zu dem Zeitpunkt, wo der letzte Zugewanderte dann als hundertjähriger Pflegefall stirbt, wenn man es mal krass ausdrückt. Pro Jahr kommt das etwa auf 20 Milliarden Euro."

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Finanzwissenschaftler (Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Universität Bergen) in
"Finanzexperte: Die Flüchtlingskrise kostet Deutschland fast eine Billion

Euro", Sputnik, 11.01.2018

<https://archive.fo/hmWYK>

<https://de.sputniknews.com/amp/wirtschaft/20180111319022348-fluechtlingskirese-deutschland-geldverlust>

[47] "Die Zahl der Flüchtlinge, die Hartz-IV-Leistungen beziehen, ist einem Medienbericht zufolge drastisch gestiegen. Im September vergangenen Jahres stammte fast jedes sechste Mitglied einer Bedarfsgemeinschaft aus einem der acht wichtigsten Asylherkunftsländer. Das berichtet das Redaktionsnetzwerk Deutschland unter Berufung auf Daten der Bundesagentur für Arbeit. Bei den Herkunftsländern handelt es sich um Syrien, Irak, Afghanistan, Eritrea, Iran, Pakistan, Somalia und Nigeria. Der Statistik zufolge bezogen im September des vergangenen Jahres 936.407 Männer, Frauen und Kinder aus den genannten Ländern Hartz-IV-Leistungen."

"Bundesagentur für Arbeit: Mittlerweile ist fast jeder sechste Hartz-IV-Empfänger ein Flüchtling", Die Welt, 19.01.2018

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article172054738/Ex-BND-Chef ueber-Migranten-Zum-grossen-Teil-wissen-wir-nicht-wer-sie-sind.html>

[48] „Deutschland ist innerhalb Europas das gelobte Land für Asylbewerber und Migranten“, sagte Hanning. „Ich frage mich, wie lange wir das ohne große gesellschaftliche Verwerfungen durchhalten. Unsere Gesellschaft ist bunter geworden, aber auch ethnisch zerklüfteter – und damit auch konfliktbeladener.“

"Ex-BND-Chef über Migranten: „Zum großen Teil wissen wir nicht, wer sie sind“, Die Welt, 31.12.17

<https://archive.fo/hv2xV>

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article172054738/Ex-BND-Chef ueber-Migranten-Zum-grossen-Teil-wissen-wir-nicht-wer-sie-sind.html>

[49] (...) In 20 bis 30 Jahren wird Europa ein autoritärer oder imperialer Staat geworden sein, nach einer Phase bürgerkriegsähnlicher Zustände und Verfallserscheinungen. So lassen es jedenfalls die Analogien zwischen der gegenwärtigen Krise Europas und dem Übergang der späten römischen Republik in den Staat des Augustus erwarten (...) Der von mir vermutete Übergang wird leider auch nicht friedlich ablaufen. Ich rechne mit bürgerkriegsähnlichen Zuständen, welche eine grundlegende gesellschaftliche und politische Neuformierung Europas erzwingen werden, ob wir das wollen oder nicht, ganz nach dem Vorbild der verfallenden Römischen Republik im ersten Jahrhundert vor Christus. (...) Die Gemeinsamkeiten sind so massiv, so augenscheinlich, und das schon seit Jahrzehnten, dass man fast fragen müsste, wo es keine gibt. (...) Die gegenwärtigen Bevölkerungsbewegungen sind nur eines der vielen Symptome unserer gegenwärtigen Geisteshaltung, welche von einer seltsamen Mischung von Kosmopolitismus, Selbstzweifel, Kalkül, Materialismus und schlechtem Gewissen geprägt ist. Genau diese Mischung finden wir auch zu Ende der Römischen Republik ... (...) Problematisch ist vor allem, dass man das Augenmerk nur auf wirtschaftliche Ausdehnung gelegt hat. Somit wurde die Chance versäumt, eine innen-, sozial- und fiskalpolitische Union aufzubauen und die kulturelle Zusammengehörigkeit zu betonen. Aber ohne gemeinsame Identität keine Solidarität, und so kommt es denn zu solchen Verwerfungen (...) Kein Wunder, dass überall im Westen die Populisten und

Nationalisten an Macht gewinnen, genau wie in Rom die "populares": Genau wie die späte römische Republik sitzt auch Europa auf einem Vulkan, der jeden Moment ausbrechen kann. (...) Die großen deutschen Parteien wollen die wachsende Armut, die zunehmende kulturelle und politische Zerrissenheit und den Vertrauensverlust in die "Demokratie nicht wahrhaben. Das ist historisch durchaus nachvollziehbar, führt aber dazu, dass ihnen von den Populistern das Wasser abgegraben wird - bis der Staat schließlich unregierbar wird (...) Prof. Dr. David Engels, (Freie Universität Brüssel, Althistoriker) in "Historiker David Engels: "Wir haben keine Chance, einen Bürgerkrieg zu vermeiden", Huffingtonpost, 02.02.2017https://archive.fo/F67tyhttp://www.huffingtonpost.de/2017/02/01/david-engels-buergerkrieg_n_14546506.html" [50] "Ich glaube aber schon, dass etwas grundsätzlich Neues geschieht, das unser Land sehr verändern wird. Deutschland wird sich nicht mehr aus Kriegen und Konflikten raushalten können. Und das Deutschland, das wir kennen, wird durch die Masseneinwanderung verschwinden. (...) All das, was uns lieb und teuer war, womit wir unserem Leben bislang einen Halt gegeben haben, muss sich ändern, weil Menschen aus einem anderen Kulturreis kommen und auch andere Vorstellungen davon haben, wie wir leben sollen. (...) Deutschland ist überhaupt nicht gerüstet. Die dynamischen Einwanderungsländer - die USA, Kanada, Australien - sind gut vorbereitet, weil sie Einwanderung organisieren und steuern. Wir machen das nicht. Es ist absurd, dass ein russischer Akademiker nur mit Mühe ein Visum erhält, einem pakistanischen Wanderarbeiter, der ohne Pass nach Deutschland kommt, aber alle Möglichkeiten offen stehen sollen. (...) Und wir bieten Einwanderern außer Geld nichts an, womit sie sich positiv identifizieren können. Einwanderer müssen wissen, dass man sie hier braucht und, dass sie willkommen sind. Dafür muss unsere Gesellschaft aber auch ein attraktives und positives Bild von sich selbst entwickeln. Man kann nicht einfach die Grenzen öffnen und die Einwanderungsbewegung sich selbst überlassen. Dafür werden wir einen hohen Preis zahlen müssen." Prof. Dr. Jörg Baberowski, (Humboldt-Universität zu Berlin, Historiker) in "Berliner Historiker Baberowski: "Das Deutschland, das wir kennen, wird durch Masseneinwanderung verschwinden", Huffingtonpost, 12.07.2015https://archive.fo/yke3Mhttp://www.huffingtonpost.de/2015/12/07/deutschland-masseneinwanderung-verschwinden_n_8733968.html

[51] "Die Fluchtbewegungen der vergangenen Monate nannte Merkel laut „ntv.de“ einen „Angriff auf unsere Außengrenzen“. Europa, zumindest in den Schengen-Staaten, sei ein Raum der Freizügigkeit. Den Schutz der Außengrenzen „vom Nordpol bis Algerien“ sicherzustellen, sei jetzt unsere Aufgabe. Dies sei einfach, wo man Landgrenzen habe, aber schwierig, wo es Wassergrenzen gibt." „Angriff auf unsere Außengrenzen“ - Merkel sieht Ende der Flüchtlingskrise - und warnt vor noch größerem Migrantenstrom". Focus, 22.06.2016https://archive.is/WAFCjhttps://www.focus.de/politik/videos/angriff-auf-unsere-aussengrenzen-merkel-sieht-ende-der-fluechtlingskrise-und-warnt-vor-noch-groesserem-migrantenstrom_id_5657638.html

[52] "Durch eine Kombination von Groß-N-Analysen und der Analyse vergleichbarer Fallstudien identifiziert dieses Buch allein für den Zeitraum seit Inkrafttreten der Flüchtlingskonvention 1951 mehr als fünfzig Versuche von migrationsgestützter Nötigung, von denen mehr als die Hälfte zumindest einige ihrer beabsichtigten Ziele erreichten. Das ist ein beeindruckender Erfolg, wen man bedenkt, dass die Erfolgsrate der USA bei der Anwendung diplomatischer Zwänge unter Androhung des Einsatzes konventioneller militärischer Mittel irgendwo zwischen 19 und 37,5 Prozent liegt. Diese relativ günstigen Erfolgschancen sind ein

überzeugender Anreiz (...)" S. 16. | "Ich lege auch ein Erklärung dafür vor, wie, weshalb und unter welchen Bedingungen diese Art von Nötigung erfolgreich ist und wann sie misslingt. Meine zentrale Behauptung ist, dass es sinnvoll ist, wenn man die bewusst herbeigeführte migrationsgestützte Nötigung als zweistufige, im Allgemeinen asymmetrische Gewaltstrategie begreift, wonach die Angreifer auf internationaler Ebene versuchen, das Verhalten ihrer Angriffsziele zu beeinflussen, indem sie sich inländische konkurrierende Interessen im Zielstaat oder in den Zielstaaten zunutze machen und indem sie auf die Kosten oder Risiken für die Zivilbevölkerung einwirken." S. 17 | "Politische Heterogenität wird in diesem Kontext problematisch, da Migrationskrisen dazu tendieren, unterschiedliche und oftmals stark polarisierende Reaktionen in jenen Gesellschaften hervorzubringen, von denen erwartet wird, das sie deren Folgen tragen oder absorbieren. In den meisten Krisen wird ein Teil der Gesellschaft nachdrücklich dafür plädieren, den Vertriebenen Schutz, Zuflucht oder Asyl zu gewähren, während ein anderer Teil konsequent Widerstand dagegen leistet.", S. 18 | "Aus zwei unterschiedlichen, aber miteinander zusammenhängenden Gründen folgt daraus, dass liberale Demokratien besonders anfällig für die Auferlegung von Kosten der Heuchelei und für migrationsgestützte Nötigung sind", S. 19 | "Doch wie ich gezeigt hab, ist die Instrumentalisierung der gesteuerten grenzüberschreitenden Migration weder ein neues noch ein besonders ungewöhnliches Phänomen. Ihr Einsatz hat eine lange und einflussreiche Geschichte (...) Beinahe drei Viertel davon waren bei der Erreichung ihrer erklärten Ziele zumindest teilweise erfolgreich", S. 331 | "Sie führt deshalb häufig zum Erfolg, weil sie internationale und innere Interessen eines Staates miteinander verschmilzt und dessen innere normative und politische Tugenden in internationale Verhandlungsschwächen verwandelt. Die perverse Transmutation ist aus zwei Gründen möglich. 1. Freiheitliche Demokratien sind höchstwahrscheinlich normativ und rechtliche Verpflichtungen eingegangen, Personen zu schützen, die vor Verfolgung (manchmal auch vor Not) fliehen (...) 2. Der Spielraum freiheitlicher demokratischer Zielländer an internationalen Verhandlungstischen wird sehr wahrscheinlich auch (deutlich erkennbar) durch innere Kontrollmechanismen und Gegenkontrollen eingeschränkt. Daher werden ihre Bemühungen, sich glaubwürdig zu politischen Schritten zu verpflichten, die vermutlich zu massiven Kosten im Innern führen, international oft nicht ernst genommen.", S. 333. | "Je stärker das länderübergreifende Netzwerk der Verfechter humanitärer Normen wird, desto anfälliger ist eine Regierung, die gegen Normen verstößt, gegenüber äußerem Druck, und desto wahrscheinlicher ist es, dass sie taktische Konzessionen machen muss, um ihre Kritiker zu besänftigen. (...) Die Ironie ist, dass mit der Zunahme des Drucks zur Einhaltung dieser humanitärer Normen auch die Position jener gestärkt wurde, die ihrer eigenen Vorteile daraus ziehen wollen und es ist für sie leichter geworden potenzielle Ziele in die Eng zutreiben. Es gibt darüber hinaus Hinweise darauf, dass die Stärkung humanitärer Normen es auch den Agents Provocateurs erleichtert hat, Flüchtlingsströme in Gang zu setzen. Gemäß Fiona Terry trägt die Etablierung des internationalen Flüchtlingsabkommens in dieser Hinsicht besonderes Gewicht, denn es hat das Entstehen 'humanitärer Schutzzäume' ermöglicht, die Guerillas rechtlichen Schutz, den Zugang zu Ressourcen und einen Mechanismus bieten, mit dessen Hilfe sie die Zivilbevölkerung kontrollieren und ihren Führungsanspruch legitimieren können.", S. 343-343

Prof. Dr. Kelly M. Greenhill, in "Massenmigration als Waffe: Vertreibung, Erpressung und Außenpolitik", Cornell University, New York, 2010
(deutsch: Rottenburg, 2016), S 16-20, 331-333, 343-344

[53] " (...) Wenn nach dreizehn Jahren Kanzlerschaft die Führung der grössten Partei des Landes an die Favoritin der Abtretenden geht und am Parteitag trotz Gegenkandidaten unisono Zusammenhalt als Motto beschworen wird, würde das nach herkömmlichen Massstäben Ausdruck grösster Stabilität sein. Deutschland aber bricht zunehmend aus seinen Massstäben aus. Der Zusammenhalt findet sich eben nur noch in Parteitagsreden, nicht mehr in der Gesellschaft. Eine Phase der Stabilität geht in Deutschland zu Ende (...) Kurz durfte sich Angela Merkel als Epigone einer Politik der Herzen gefallen. Doch es war gewiss nicht bloss Nächstenliebe, die ihre unbedachten Gesten motivierte und den widerrechtlichen Freibrief, hinfert diejenigen, die sich Schlepper leisten können, besser zu behandeln als die Menschen, die im Vertrauen auf deutsche Korrektheit den formalen Massstäben der Legalität folgen. Ohne die dadurch befeuerte Migrationskrise wäre die Alternative für Deutschland (AfD) wohl noch eine kleine Professorenpartei knapp unter der 5%-Hürde (...) Die Moral verkommt zur Reputationsangst von Mitläufern, eine Heerschar von Blockwärtern wacht über den Diskurs und will um jeden Preis moralisch erscheinen. Darum werden die Nazis nun in aller Inbrunst gut hundert Jahre zu spät bekämpft, was praktischerweise die CDU/CSU gegen «rechts» absichert, Gewalt gegen Andersdenkende legitimiert und Deutschland zum europäischen Spitzenreiter der Internetzensur macht. Deutschland ist eines der produktivsten Länder der Welt – Resultat einer historisch gewachsenen Hochvertrauenskultur. An dieser nährt sich aber auch parasitär ein Funktionärsapparat, der das kulturelle Kapital schleichend verkonsumiert. Jedes Jahr verlassen bereits viele tausend Unternehmer das Land und werden durch Wohlfahrtsstaatsklienten ersetzt. Das Misstrauen steigt und entlädt sich immer öfter in hysterischer Weise. (...) So wenig sich Migranten über den Kontinent gleichverteilen lassen, die gelockt vom deutschen Wohlfahrtsstaat am wenigsten Schuld am Debakel tragen und dennoch letztlich als Sündenbock in einem polarisierten Deutschland herhalten werden, lassen sich die Schieflagen einebnen, die in den Target2-Salden deutlich werden. Die Gleichmacherei, das Gottspielertum und die Realitätsferne der Funktionäre führen notwendig zu Zwang auf Grundlage einer ohnehin schon überforderten Staatsgewalt. (...) Die Frustrationstoleranz der Deutschen ist Teil ihres sozialen Kapitals: Fleiss trotz enteignender Steuersätze, zivilgesellschaftliches Engagement trotz Politisierung aller Lebensbereiche, Loyalität trotz Bevormundung durch Politik und Medien. Noch lassen sich die Wutbürger auf den Strassen als Extremisten abtun. (...) Die Deutschen, so achtbar im Einzelnen, werden die Welt weiterhin mit ihrem Fleiss, ihrer Klugheit, ihrer Verlässlichkeit und Kooperationsfähigkeit bereichern. Aber sie werden es wohl immer mehr ausserhalb Deutschlands tun, wenn dort nicht die Sekundärtugenden ein wenig davon ablassen, die letzten paar Funken Klugheit, Mässigung, Mut und Gerechtigkeit hysterisch auszutreten. In Deutschland werden sich dann die verbliebenen Funktionäre und ihre Klienten das Zusammenleben täglich neu aushandeln dürfen. (...) ""

Rahim Taghizadegan in "Deutschland – ein Nachruf", Finanz und Wirtschaft, 12.12.2018
<https://www.fuw.ch/article/deutschland-ein-nachruf/>
<https://archive.fo/20sCB>

[54] "Fourth Generation war is also marked by a return to a world of cultures, not merely states, in conflict. We now find ourselves facing the Christian West's oldest and most steadfast opponent, Islam. After about three centuries on the strategic defensive, following the failure of the second Turkish siege of Vienna in 1683, Islam has resumed the strategic offensive, expanding outward in every direction. In Third

Generation war, invasion by immigration can be at least as dangerous as invasion by a state army. Nor is Fourth Generation warfare merely something we import, as we did on 9/11. At its core lies a universal crisis of legitimacy of the state, and that crisis means many countries will evolve Fourth Generation war on their soil. America, with a closed political system (regardless of which party wins, the Establishment remains in power and nothing really changes) and a poisonous ideology of "multiculturalism," is a prime candidate for the home-grown variety of Fourth Generation war - which is by far the most dangerous kind. Where does the war in Iraq fit in this framework? I suggest that the war we have seen thus far is merely a powder train leading to the magazine. The magazine is Fourth Generation war by a wide variety of Islamic non-state actors, directed at America and Americans (and local governments friendly to America) everywhere. The longer America occupies Iraq, the greater the chance that the magazine will explode. If it does, God help us all."

William S. Lind, "Understanding Fourth Generation War", Antiwar.com,
15.01.2004
<https://archive.is/kfJPN>
<https://original.antiwar.com/lind/2004/01/15/understanding-fourth-generation-war/>
